

**IVKs vor
dem Aus?**

forum

TTIP & CETA VERHINDERN!

RÜCKSCHAU: 1. MAI

WAHLERGEBNISSE

LEHRKRÄFTE AN DER VHS

SCHULENTWICKLUNG

**TTIP
verhindern!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir hoffen, dass ihr alle eine schöne und erholsame Sommerpause genießen konntet!

Nach Redaktionsschluss, der eigentlich noch vor den Schulferien lag, und noch vor Drucklegung dieser „forum“-Ausgabe erreichten uns, die Redaktion, noch einige Meldungen, die nicht gerade Anlass zur Freude geben.

So haben wir versucht, die Nachricht über einen neuen Erlass, der die Arbeit in den „Internationalen Vorbereitungsklassen“ (Regelschulen) bzw. „Internationalen Förderklassen“ (Berufskollegs) stark – und zwar negativ – beeinflussen würde, noch mit aufzugreifen. Dazu findet ihr die entsprechende Pressemitteilung unseres Landesvorstands im Heft. Dass dieser Erlass erst Ende Juni und somit in der Zeit der Zeugniskonferenzen veröffentlicht worden ist, könnte Taktik sein. Verhindert werden konnte damit weder, dass bereits eine energische Diskussion um die möglichen Folgen eingesetzt hat, noch, dass ihr mehr oder minder umgehend auf diesem Wege darüber informiert werdet.

Abgesehen davon haben seit Erscheinen der letzten Ausgabe verschiedene Wahlen und Termine stattgefunden, die für uns als GEWerkchaftsmitglieder größere Bedeutung haben. Daher findet ihr einen kurzen Bericht und einige Impressionen zum diesjährigen 1. Mai in Köln und Infos zu den Ergebnissen der Personalratswahlen sowie zu den Wahlen zum neuen „Geschäftsführenden Ausschuss“ (GA) unseres Kölner Stadtverbands.

Statt eines Berichts zum GEWerkchaftstag unseres Landesverbands NRW, der Ende April stattgefunden hat, haben wir uns für die Form des Interviews entschieden. Auf diese Weise wollen wir versuchen, einen etwas lebhafteren Einblick in die Abläufe, Diskussionen und Beschlüsse zu ermöglichen.

Neben den auch sonst üblichen Rubriken findet ihr im Heft zudem einen ausführlicheren Artikel von Wolfgang Üllenberg-van Dawen, dem früheren DGB-Vorsitzenden in der Region Köln, zur Flüchtlingsthematik. Im Rahmen unserer letzten Jahreshauptversammlung (JHV) hatte er bereits ein entsprechendes Referat gehalten, das in Form des o.g. Artikels nun auch denjenigen zur Verfügung steht, die an der JHV nicht teilnehmen konnten.

Eigentlich waren wir davon ausgegangen, dass die Sommer-Ausgabe unseres „forum“ etwas weniger umfangreich werden wird. Das nun vorliegende Heft deutet eher auf das Gegenteil hin. Zu verdanken haben wir dies den zahlreichen Autorinnen und Autoren aus dem Stadtverband Köln und dem Kreisverband Rhein-Berg. Vielen Dank an euch alle für die aktive Mitgestaltung und die Arbeit, die ihr euch gemacht habt!

Mit GEWerkchaftlichen Grüßen
eure „forum“-Redaktion

forum 4-2016

Schulentwicklung	S. 4
DaF	S. 7
Int. Vorbereitungsklassen	S. 9
Flüchtlinge in Köln	S. 10
Rückblick GEWerkchaftstag NRW	S. 14
Ergebnis GA-Wahl	S. 15
Ergebnisse PR-Wahlen	S. 16
CETA & TTIP	S. 20
Rückblick 1. Mai	S. 22
Schauspiel um AfD	S. 23
Termine, Termine	S. 24
Neues Kita-Gesetz/COPSOQ	S. 26
VHS- und angestellte Lehrkräfte	S. 28
Erfolg für VHS-KollegInnen	S. 30
OGS	S. 33
Blick nach Frankreich	S. 35
Aktive RuheständlerInnen	S. 38
Fachgruppen/Arbeitskreise	S. 40



Auf unserer Kölner Internet-Seite www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Nach der Eingabe des Benutzernamens (mit großem Anfangsbuchstaben) und der Mitgliedsnummer (sie hat 10 Ziffern und beginnt in NRW mit einer 4, sie steht auf dem Mitgliedsausweis oder auf dem Adressaufkleber der NDS) stehen alle Daten vollständig zur Verfügung. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben ab Nr. 5-2004 als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Erscheint fünfmal im Jahr

Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Eva Hering,
Guido Schönicke (verantwortlich),
Jutta Jilg, Ines Bartenstein

Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag:
10 bis 16 Uhr
Freitag 10 bis 14 Uhr
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln
Layout: Atelier Goral, Köln
Titelfoto: 4zevar / fotolia
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 7. Oktober 2016



Fast alle Hauptschulen vor der Schließung – Stadtverwaltung will auch Realschulen zumachen, um Gesamtschul- und Gymnasialangebot auszubauen

von Helmut Frangenberg,
KStA 14.06.2016

Um auf die steigenden Kinderzahlen und das veränderte Wahlverhalten der Eltern bei der Entscheidung für eine weiterführende Schule zu reagieren, schlagen Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Schuldezernentin Agnes Klein einige tiefgreifende Weichenstellungen vor: Fast alle Hauptschulen der Stadt könnten geschlossen werden. Hinzu kommen einige Realschulen. Die Gebäude sollen für den Ausbau des Angebots an Gesamtschul- und Gymnasialplätzen genutzt werden. Mit insgesamt 122 Einzelmaßnahmen will die Stadt auf die Herausforderungen reagieren. Mancher Vorschlag dürfte für heftige Diskussionen sorgen.

Hauptschulschließungen

Seit Jahren läuft die „Abstimmung mit den Füßen“, wie Schuldezernentin Klein sagt. Zum kommenden Schuljahr werden nur noch 6 Prozent der heutigen Viertklässler in eine Hauptschule wechseln, während Gymnasien und Gesamtschulen aus den Nähten platzen. Viele Hauptschulen sind in den vergangenen Jahren bereits geschlossen worden. Nun begräbt die Verwaltung ihren Leitgedanken, dass es in jedem Stadtbezirk mindestens eine Hauptschule geben soll. Würden alle Vorschläge umgesetzt, gäbe es nur noch Hauptschulen in den Bezirken Innenstadt, Ehrenfeld und Mülheim. Schon im nächsten Jahr soll die Hauptschule in Rodenkirchen keine neuen Schüler mehr aufnehmen. Die frei werdenden Räume soll das gegenüber liegende Gymnasium übernehmen.

Realschulschließungen

Vorbild für andere Standorte soll die Gründung der Gesamtschule Innenstadt sein. Hier haben sich zwei Realschulen auf den nicht schmerzfreien Weg eingelassen, durch die eigene Schließung Neues entstehen zu lassen. Das schlägt die Schulverwaltung auch für den Stadtbezirk Lindenthal vor: Die Elsa-Brändström-Schule soll schon ab 2017 auslaufen, die Theodor Heuss-Realschule ein Jahr später. An ihre Stelle soll die erste Gesamtschule für den Stadtbezirk Lindenthal treten. Mittelfristig stehen weitere Realschulen zur Debatte, so die Schule Im Hasental (Deutz), die Edith-Stein-Schule (Nippes) und die Wilhelm-Busch-Schule (Porz-Zündorf).



Schülerweiterungen

Einige Erweiterungen sollen schon 2017 für Entlastung sorgen. So werden neue Klassen in den Gesamtschulen Rodenkirchen und Zollstock sowie im Gymnasium Pesch, im Hildegard-von-Bingen-, dem Schiller- und Heinrich-Heine-Gymnasium eingerichtet. Ähnliches ist an mehreren Grund-

schulen vorgesehen. Geplant ist zum Beispiel eine Vergrößerung der Montessori-Grundschule. Die Schule am Stadtgarten, die seit Jahren über Platznot klagt, soll umziehen. Ihre Riehler Nebenstelle könnte in einen Neubau auf dem Gelände des ehemaligen Nippesbades ziehen und eine vollwertig, eigenständige Schule werden.

Neubauten

Neue Gebäude sollen für 23 Grundschulen, 16 weiterführende Schulen und zwei Berufskollegs gebaut werden. Weil das dauert, sind für drei Gesamtschulen (Ehrenfeld, Vogelsang und Lindenthal) sowie

das Gymnasium in Lövenich vorgezogene Starts in Provisorien geplant. Neu ist ein klares Votum für eine neue Gesamtschule gegenüber vom Kalker Polizeipräsidium. Die Stadt will das Grundstück vom Land kaufen. Die Vorschläge werden nun in den Bezirksvertretungen und Ratsgremien diskutiert. Im Oktober soll der Stadtrat entscheiden.

Foto: gruber54/fotolia

Herausforderung für die GEW – Aktualisierter Schulentwicklungsplan

von Klaus Minartz



Auf der Sitzung des Kölner Ratsausschusses für Schule und Weiterbildung (ASW) am 13. Juni 2016 hat die Verwaltung eine aktualisierte Schulentwicklungsplanung vorgelegt. Darin wird ein Maßnahmenpaket vorgestellt, das auf vier „Herausforderungen“ reagiert: 1. Köln wächst rasant. Die Zahl der Grundschul Kinder (6 bis 9 Jahre) wird von rund 36.100 im Jahre 2014 auf rund 40.600 im Jahr 2040 prognostiziert. 2040 werden demnach rund 1.125 Kinder mehr in Grundschulen eingeschult, was rechnerisch einen Mehrbedarf von 12 neuen Grundschulen ergibt.

Der Anstieg der SchülerInnen für die Sekundarstufe I wird von rund 52.000 im Jahr 2014 auf rund 61.400 im Jahr 2040 prognostiziert. Somit geht man von etwa 1.570 Kindern aus, die mehr als heute in die 5. Klassen der weiterführenden Schulen wechseln. Das bedeutet einen rechnerischen Mehrbedarf von 14 bis 15 neuen weiterführenden Schulen. Die Stadt muss also enorme Schülerweiterungen und Schulneubauten planen und realisieren.

„Inklusion“

2. Die Inklusion von Kindern mit Behinderung und die Entwicklung der Förderschulen. In Köln erhalten 2015/16 von den rund 87.400 SchülerInnen der Jahrgangsstufen 1 bis 10 knapp 6.800 eine sonderpädagogische

Förderung, davon rund 74 % mit einem der Förderschwerpunkte Lernen,

Emotionale und Soziale Entwicklung oder Sprache (LES). 3.040 wurden von ihnen in allgemeinen Schulen inklusiv unterrichtet. In der Grundschule liegt der Anteil bei 51 %, in der Sekundarstufe I bei 41 %. 115 städtische Schulen bieten Gemeinsames Lernen an, davon 67 Grundschulen und 48 weiterführende Schulen. „In der Inklusionsplanung für Kölner Schulen werden bestimmte Förderschulstandorte in den Stadtbezirken als wichtige Akteure in einem Unterrichtsnetzwerk inklusive Schule (UNIS) ausgewiesen. Sie stellen nach Ansicht der Verwaltung angesichts sinkender Schülerzahlen im Förderschulbereich gewissermaßen ‚Fluchtpunkte‘ der erforderlichen schulorganisatorischen Maßnahmen im Stadtbezirk dar.

Folge der Förderschulschließungen

Hier sollen – bei unausweichlichen Förderschulschließungen – die sonderpädagogischen Kompetenzen im Förderschulbereich gebündelt und gesichert werden, solange ein Teil der Eltern den Lernort Förderschule für ihre Kinder wünscht.“ (IJS, S. 12)

3. Eine zunehmende Zahl von Flüchtlingskindern wird in die Schulen kommen.

Anfang des Jahres 2016 waren ca. 800 Flüchtlingskinder im Grundschulalter und ca. 1.000 Kinder im Alter der Sekundarstufe I in Köln untergebracht. Für die meisten dieser Kinder werden Vorbereitungsklassen gebildet, um sie „zunächst in diesen Klassen sprachlich besonders zu fördern“ (IJS, Seite 12). In die Vorbereitungsklassen gehen alle aus dem Ausland zugereisten Kinder und Jugendlichen. Die Flüchtlingskinder machen einen Anteil von 75 % aus, mit steigender Tendenz.

In den Kölner Primarschulen gibt es 60 Vorbereitungsklassen und rund 350 Plätze in Einzelintegration. In der Sekundarstufe I gibt es 92 Vorbereitungsklassen, inklusive der „gebündelten“ Vorbereitungsklassen in Kalk und in Sülz. In der Sekundarstufe II werden ca. 400 Jugendliche im Schuljahr 2015/16 in Integrations- und Förderklassen (IFKs) beschult.

Die Verwaltung sieht die Möglichkeiten, weitere Vorbereitungsklassen einzurichten, zunehmend erschöpft. Eine Herausforderung sieht sie in der Integration dieser Kinder in die Regelklassen nach etwa zwei Jahren. Die Verwaltung schlägt vor, bei Baumaßnahmen mindestens einen Unterrichtsraum je Schule für Vorbereitungsklassen bei den Planungen verbindlich zu berücksichtigen und die Schulbauleitlinien der Stadt Köln entsprechend zu ergänzen.

Bestehende Schulen sollen nicht „zerschlagen“ oder „abgeschafft“ werden.

Sie sollen vielmehr
zu integrativen/
inkluisiven
Systemen
weiterentwickelt
oder
zusammengeführt
und mit einem
pädagogischen
Auftrag versehen
werden,

Beschränkte Einwirkungsmöglichkeiten

Das 10. Planungsprinzip ist dabei besonders zu beachten: „Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft erfordert nach Einschätzung der Verwaltung auch dialogische Prozesse mit den Schulen und mit den Bezirksvertretungen. Bei grundsätzlich knappen Personalressourcen müssen diese stringent und zielgerichtet geführt werden. Schulen haben mit Schulkonferenzbeschlüssen schulrechtlich ein Anhörungsrecht, aber kein Vetorecht. Die Verwaltung weist darauf hin, dass angesichts der teilweise sehr komplexen Herausforderungen

4. Die Schulstruktur wird sich wandeln.

In Köln gehen aktuell ca. 46 % der FünftklässlerInnen auf ein Gymnasium, ca. 22 % auf die Gesamtschule (bei durchschnittlich ca. 700 jährlichen Ablehnungen wegen fehlender Kapazitäten), 21 % auf eine Realschule, 6 % auf eine Hauptschule und ca. 4 % auf eine Förderschule. Die Anmeldungen zum Schuljahr 2016/17 zeigen, dass die Gymnasien und die Gesamtschulen „in Köln deutlich ‚überbucht‘ sind (19 zusätzliche Eingangsklassen an Gymnasien und Klassenfrequenzen bei maximaler Ausschöpfung der Bandbreiten zur Klassenbildung, 777 Ablehnungen an Gesamtschulen)“ (IJS, S. 16).

Elternbefragung und offensichtlicher Widerspruch

Dagegen waren noch 225 Plätze an Realschulen und 501 Plätze an Hauptschulen frei, „obwohl diese Schulformen schon in erheblicher Menge Schülerinnen und Schüler aufgenommen haben, die zuvor an den Gesamtschulen abgelehnt werden mussten.“ (IJS, S. 16). Die Stadt plant im 2. Halbjahr 2017/18 die Durchführung einer neuen Elternbefragung zu ihrem Schulformwunsch für ihre Kinder, um die Prognosedaten zu aktualisieren.

Soweit die statistische Datenlage und die Prognose der Verwaltung für die weitere Entwicklung. In dem vorgelegten Schulentwicklungsplan werden die geänderten schulrechtlichen Rahmenbedingungen aufgelistet, Planungsprinzipien beschrieben und darauf gründende Maßnahmen für Bauflächenerwerb, Schulerweiterungen und Schulneubauten, für Schulschließungen und Schulneugründungen (teilweise mit drei bis vier Optionen) vorgeschlagen.

Der Plan kann unter <http://www.stadtkoeln.de/leben-in-koeln/bildung-und-schule/integrierte-jugendhilfe-und-schulentwicklungsplanung> als pdf-Datei heruntergeladen werden. Alle Schulen und Bezirksvertretungen erhalten diese Pläne mit der Bitte um Stellungnahme zur Kenntnis.

und Rahmenbedingungen schulorganisatorische Maßnahmen aller Voraussicht nach teilweise nicht im Konsens mit den Schulen werden entschieden werden können.“ (IJS, S. 27) Was folgt aus den neuen Planungen für die Politik der GEW? Der Arbeitskreis Schulentwicklung in Köln wird sich ausführlich mit den geplanten Maßnahmen auseinandersetzen. Die Basis der Beurteilung sind die folgenden Positionen, die auf dem GEW-Gewerkschaftstag 2005 beschlossen wurden:

- „Für die GEW ist die eine Schule für alle die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft und die Probleme des traditionellen Schulwesens. [...]
- Kein abrupter Systemwechsel: Das Schulwesen der Zukunft soll aus den bestehenden Schulen entwickelt werden.

Bestehende Schulen sollen nicht „zerschlagen“ oder „abgeschafft“ werden. Sie sollen vielmehr zu integrativen/inkluisiven Systemen weiterentwickelt oder zusammengeführt und mit einem pädagogischen Auftrag versehen werden, der sowohl zum Bildungsabschluss der Sekundarstufe I wie zu den beruflichen und allgemeinen Abschlüssen der Sekundarstufe II führt. [...]

- Keine „isolierte Strukturdebatte“: Schulstruktur, Schul- und Lernkultur gehören zusammen und bedingen einander. [...]

Die GEW führt keine „isolierte Strukturdebatte“, weil Schulstrukturen kein Selbstzweck sind, sondern vorrangig eine der Pädagogik und dem gesellschaftlichen Auftrag der Schule dienende Funktion haben. [...]

Mit der Detailanalyse des Plans und der Beratung unserer GEW-Aktivitäten beginnen wir auf unserem **nächsten Treffen des AK SE am Donnerstag, 15.9.2016 um 19 Uhr im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, kleines Sitzungszimmer (1. OG)**. Alle an der Schulentwicklung in Köln interessierten Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen. Auf einer geplanten öffentlichen GEW-Veranstaltung (Termin unter: www.gew-koeln.de) werden wir über unsere Stellungnahme und unsere Aktivitäten informieren und diskutieren.

LehrerInnen verdienen gut? Deutsch als Fremdsprache kann jedeR unterrichten?



Gerüchte!
von Angelika Böhrer

Am 21. Mai 2016 hat sich auf der ersten bundesweiten Konferenz der Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache in Hannover das „Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte“ (www.dafdaz-lehrkraefte.de) gegründet. Die DozentInnen sehen in dieser Gründung nicht zuletzt eine Kampfansage zur Verbesserung der untragbaren Konditionen, zu denen sie arbeiten – überwiegend als Honorarkräfte (in geringerem Umfang als Angestellte in nicht minder fragwürdigen Arbeitsverhältnissen).

Das Bündnis entwickelt bundesweite Ideen für Aktionen, die dem Arbeitskampf der DaF/DaZ-Lehrkräfte Ausdruck verleihen und das Ziel bessere Beschäftigungsverhältnisse umzusetzen helfen. Die Plattform „Kreidefresser“ (www.kreidefresser.org) flankiert die Arbeit des Bündnisses, sie begleitet und unterstützt als ein Angebot der Selbstorganisation freiberufliche

Honorarkräfte sowie all diejenigen, die sich auf dieser Plattform in ihren Forderungen wiederfinden.

Im Zentrum steht die alles entscheidende Aufgabe, die Öffentlichkeit zu erreichen. Denn weite Teile der Öffentlichkeit wissen bislang nichts über die problematischen und unhaltbaren Bedingungen, unter denen Honorarkräfte arbeiten. „Kreidefresser“ fokussiert die Themen und Aufgaben als ein Netzwerk und nutzt die Möglichkeiten der Netzwerkkommunikation ebenso wie die der Informationsbörse Internet.

Freiberufliche Lehrkräfte – im Bewusstsein der Öffentlichkeit eher mauseals scheintot

Als Honorarkraft in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden ist nahezu unmöglich. Forderungen nach angemessener Bezahlung werden in vielen Medien di-

rekt als Anmaßung erachtet. Dies hat zwei Gründe, die beide auf komplettem Nichtwissen basieren. Der Fokus der Diskussion liegt meist auf der Problematik „angestellte Lehrer verdienen viel weniger als Beamte“. Dass es eine große Gruppe von Lehrkräften gibt, die meilenweit entfernt von finanzieller Anerkennung, geschweige denn jeglicher sozialer Absicherung arbeitet, das halten viele noch für eine Legende.

Es ist lange überfällig, dass sich die Gruppe der Honorarkräfte ein erkennbares Gesicht in der Öffentlichkeit verschafft, und zwar nicht nur mit der grundlegenden Forderung nach verbesserten Arbeitsbedingungen, sondern auch mit der Bewusstmachung dessen, worin eigentlich die Bedeutung des DaF/DaZ-Unterrichts in der politischen Realität Deutschlands 2016 besteht und welche Kompetenzen diesen Berufsstand hier überhaupt in Rede stehen. Dass Deutsch als Fremd- und Zweitsprache ein eigener Fachbereich ist, eine Tätigkeit, die man lernen muss, für

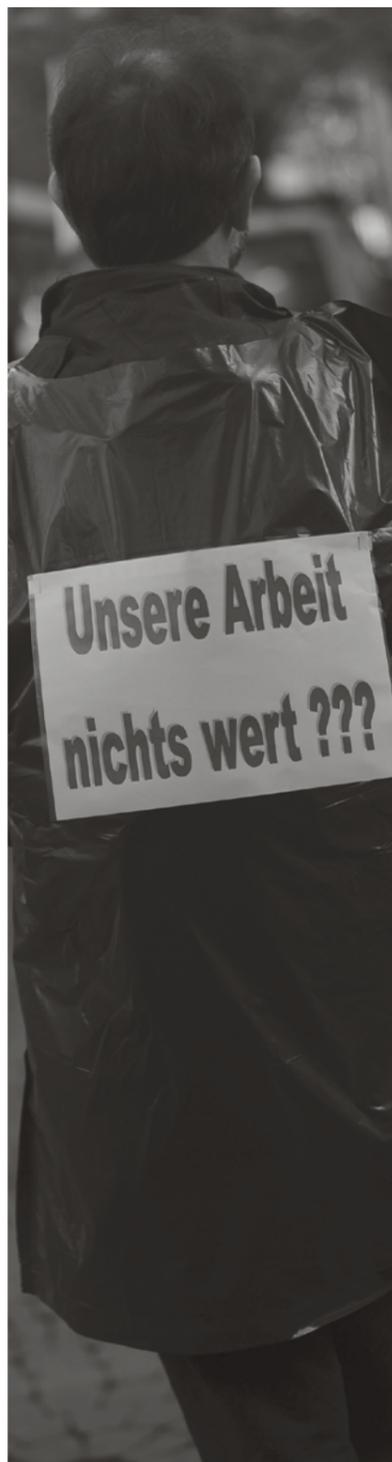
die methodisches und didaktisches Fachwissen nötig ist, und dass man deshalb nicht einfach auf pensionierte Gymnasialdeutschlehrer oder gar auf Fahrlehrer zurückgreifen kann, will man nicht wahrhaben.

In Deutschland wird das Ehrenamt hochgehalten – zu Recht. Aber dies auf Kosten ausgebildeter, qualifizierter Lehrkräfte zu tun, ist ein Zeichen struktureller Missachtung dieses Berufs, die man sonst in kaum einem anderen Tätigkeitsbereich mit vergleichbar langer Ausbildung wiederfindet. Oder erwarten Sie von Ihrem Arzt, dass er Sie umsonst operiert? Soll Ihr Anwalt Sie kostenlos vor Gericht vertreten, Ihr Mechaniker gratis den Motor reparieren? Welcher Lehrer, der im Auftrag des Staates unterrichtet, wird von seinen Schülern bezahlt?

So will es beispielsweise der Bundesinnenminister, der die Lösung für die miese Bezahlung der Honorarlehrkräfte in Integrationskursen darin sieht, dass AsylbewerberInnen mehr Eigenanteil an ihren Sprachkursen tragen sollen. Was ist uns Integration wert, wenn Lehrkräfte mit Universitätsabschlüssen während der Ferien mit Hartz IV aufstocken müssen? Die Lehrkräfte übernehmen eine große Verantwortung bei ihrem Bildungsauftrag. Wann übernimmt der Staat die Verantwortung für seine Lehrkräfte? Dies alles sind Fragen, mit denen das neu gegründete Bündnis Politik und Öffentlichkeit konfrontieren wird.

Presseerklärung Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte

Lehrkräfte gründen bundesweite Initiative für bessere Arbeitsbedingungen. Am vergangenen Samstag fand in Hannover das erste bundesweite Vernetzungstreffen von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Deutsch als Fremdsprache (DaF) statt. Kurz vor dem Beschluss des Bundeskabinetts über das geplante Integrationsgesetz kamen Delegierte aus insge-



samt 20 deutschen Städten, von Bonn bis Berlin und von Hamburg bis München, sowie eine Vertreterin aus Österreich zusammen, um gemeinsam über Wege aus den prekären Arbeits- und Einkommensbedingungen von DaF/DaZ-Lehrkräften zu diskutieren.

Schon seit längerer Zeit fordern sie eine Erhöhung ihres Honorars, das im Ergebnis dem Gehalt von Berufsschullehrern gleichkommt mit Absicherung im Urlaubs- und Krankheitsfall und ggf. Urlaubsgeld oder Festanstellungen mit tariflich gebundener Eingruppierung und Arbeitsstrukturen, die denen von angestellten Lehrkräften an Berufsschulen entsprechen. Neben einem regen Erfahrungsaustausch stand die Gründung einer bundesweiten Initiative im Vordergrund, um in einem starken Bündnis noch erfolgreicher für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen und sich untereinander besser zu vernetzen. Deshalb wurde das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte gegründet, in das kommissarische Sprecherteam wurden Cornelia Trabant (Hannover) und Stephan Pabel (Bonn) gewählt.

Außerdem verabschiedeten die Delegierten eine Erklärung, in der sie ihre gemeinsamen Forderungen und Ziele formulieren. Darin heißt es u. a., dass die vom Bundesinnenministerium geplante Erhöhung der Honorare auf 35 Euro/Stunde zwar begrüßenswert sei, aber lediglich ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Darüber hinaus fordert das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte das Finanzministerium auf, die benötigten Mittel zeitnah zur Verfügung zu stellen. „Wir sind der Ansicht, dass in erster Linie die Politik für unsere prekäre Lage verantwortlich ist, da die meisten Dozentinnen und Dozenten im Auftrag des Staates arbeiten.“

Aus diesem Grund fordern wir die Politik auf, ihre Verantwortung anzuerkennen, mit uns zu sprechen und die Probleme endlich zu lösen“, so Cornelia Trabant. Das nächste Treffen des Bündnisses soll im September stattfinden.

Weniger personelle Ressourcen für Integration

Die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher droht zu scheitern. Die GEW äußert massive Kritik am Vorhaben des Schulministeriums, die Beschulung von zugewanderten Kindern und Jugendlichen, die erst kürzlich nach NRW gekommen sind, auf dem Erlassweg neu zu regeln. Nach Auffassung der Bildungsgewerkschaft droht die Integration zu scheitern.

Ansprechpartner

Berthold Paschert
Pressesprecher
berthold.paschert@gew-nrw.de
0201-2940312



„Die Aufgabe des bisherigen Konzepts stellt keine Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer dar und wird der besonderen Situation der geflüchteten oder zugewanderten Kinder und Jugendlichen nicht gerecht. Auch wenn in der Grundschule zum Teil gute Erfahrungen mit ‚Go-In-Konzepten‘, also der sofortigen Integration in die Regelklassen gemacht wurden, wird jetzt offensichtlich der eigentlich notwendige Bedarf an zusätzlichen Stellen für Sprachförderung und Integration mit dem Mäntelchen der besseren und schnelleren Integration ‚weg definiert‘“, sagte GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer heute in Essen. Die GEW-Vorsitzende bewertet den entsprechenden Erlass des Schulministeriums als nicht „hinnehmbaren Rückschritt“, der ohne Evaluation der bisherigen Konzepte und ohne Beteiligung von Gewerkschaften und Verbänden sowie der zuständigen Personalvertretungen zum 1. August 2016 in Kraft gesetzt wird.

Statt bisher vor allem in der Sekundarstufe I eigene Vorbereitungsklassen einzurichten mit zusätzlichen Lehrkräften für die Integration, sollen die zugewanderten Schülerinnen und Schüler in

der Regel sofort in einer Klasse der ihrem Alter entsprechenden Jahrgangsstufe und nach deren Stundentafel unterrichtet werden.

Offenbar wolle das Schulministerium, so die Vermutung der GEW-Vorsitzenden, die sog. internationalen Klassen nur noch in Ausnahmen genehmigen lassen. Schäfer sagte wörtlich: „Das ist für die betroffenen Kinder und Jugendlichen keine Hilfe und für die Lehrkräfte eine nicht hinzunehmende Belastung. Die Unsicherheiten werden zunehmen und die Schulen werden mit großen Problemen konfrontiert.“

Schäfer abschließend: „Wir kriegen immer wieder Hinweise, wie pädagogisch wertvoll die Vorbereitungsklassen mit ihren gezielten Förderangeboten für die Integration der Flüchtlingskinder sind. Das erfordert weitere fachliche und räumliche Ressourcen. Stattdessen sieht das neue Konzept vor, jede zusätzliche Förderung aus den vorhandenen Ressourcen der jeweiligen Schulen zu organisieren. Dies sind deutliche Einschränkungen zu Lasten der Kinder und Jugendlichen, die zu uns gekommen sind und um die wir uns ganz gezielt kümmern müssen.“

Flüchtlinge in Köln

Dr. Wolfgang Uellenberg – van Dawen
Sprecher des Kölner Runden Tisches für Integration

Vorab eine Anmerkung zum Begriff des „Flüchtlings“. Viele verwenden stattdessen „Geflüchtete“. Darin drückt sich der Grund aus, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Weil sie es müssen, weil sie durch Not und Verfolgung gezwungen sind. Andererseits sprechen alle für diese Menschen wichtigen Dokumente und vor allem die Genfer Flüchtlingskonvention von „Flüchtlingen“. Die deutsche Amtssprache verwendet die Begriffe „Asylbewerber“ und „Asylberechtigte“. Das sind aber bei weitem nicht alle, die nach Deutschland geflüchtet sind. Daher lasse ich es jetzt beim Begriff der Flüchtlinge.

Zum 30. Juni 2016 leben 13.700 Flüchtlinge in der Obhut der Stadt Köln. Das heißt, sie wurden der Stadt vom Land NRW zugewiesen. Aber das sind noch nicht alle. Hinzu kommen noch diejenigen, die in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW etwa in der Alteburgerstraße leben und die rund 4.000 nach Köln unerlaubt eingereisten – meist Geflohenen, die in den Notaufnahmen vor allem in der Herkulesstraße untergebracht sind. Zudem müssen noch die rund 4.400 Menschen beachtet werden, die eigentlich Deutschland verlassen müssten, aber aus vielen Gründen hier geduldet werden. Die Hälfte davon schon mehr als fünf Jahre.

Von den 13.700 Flüchtlingen sind 3.500 Menschen in 21 Turnhallen zum Teil schon seit Monaten untergebracht. Mehrere Hundert sollen in die schnell zu errichtenden Leichtbauhallen umziehen, die jedoch weiterhin als Massenunterkünfte genutzt

werden. Ein Drittel der Flüchtlinge sind in Hotels untergebracht, andere in Containern, Systembauten oder in Wohnungen. Durch das Auszugsmanagement, ein Projekt der Stadt und freier Träger, sollen rund 1.000 Flüchtlinge in diesem Jahr noch in Wohnungen untergebracht werden. Voraussetzung ist, dass es genügend Angebote gibt. Am 28. Juni hat der Rat grünes Licht gegeben um auf 11 Flächen Unterkünfte für Flüchtlinge zu errichten. Dadurch soll der größte Engpass der Unterbringung etwas beseitigt werden: der Mangel an Flächen.

Denn inzwischen gibt es auf dem Markt genügend geeignete Container, auch besser ausgestattete Systembauten stehen zur Verfügung und auch Häuser in Holzbauweise könnten errichtet werden. Das wesentliche Hindernis ist der Mangel an zur Verfügung stehenden Flächen. Hier findet meist hinter den Kulissen ein knallharter Konflikt verschiedener Interessen statt. Flächen für den Bau teurer Wohnungen, Gewerbeflächen, Flächen für Sport und Freizeit werden benötigt und auch die Interessen von UmweltschützerInnen sollen berücksichtigt werden. Eine klare Priorität der Stadt ist dabei nicht erkennbar.

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist aber nicht nur eine verwaltungstechnische, sondern eine gesellschaftspolitische Frage. Denn wo Flüchtlinge untergebracht werden, sind die Menschen, die dort leben, gefordert. Gefordert mit Menschen umzugehen, die teilweise Schreckliches erlebt haben und aus einer anderen Weltgegend kommen. Gefordert auch Ängste

und Vorbehalte zu überwinden und sich auf Fremde einzulassen. Dafür ist jedoch die Bereitschaft überraschend groß. Mehrere tausend Kölnerinnen und Kölner engagieren sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge und ohne dieses einmalige und in der Stadtgeschichte in diesem Maße auch erstmalige Engagement wären die Probleme noch größer geworden.

Aufgaben der Stadtgesellschaft

Für die Akzeptanz der Flüchtlinge muss sich jedoch die ganze Stadtgesellschaft an dieser Aufgabe beteiligen. Die Verteilung der Flüchtlinge, ihre Unterkunft und Unterstützung geht alle Stadtviertel an. Solche mit sehr guter Infrastruktur, hochwer-

tigem Wohnraum und kaufkräftiger Einwohnerschaft sind besonders gefordert. Aber ebenso darf nicht übersehen werden, dass sich viele Flüchtlinge dort eher wohlfühlen, wo Landsleute aus ihrer Heimat leben und das sind oftmals ärmere Viertel. Darum ist auch die Frage der Flüchtlingsunterbringung eine Herausforderung, die nur durch den Abbau der zunehmenden Spaltung unserer Stadt gerecht bewältigt werden kann. Köln braucht mehr bezahlbare Wohnungen und in vielen Vierteln bessere öffentliche Dienstleistungen nicht weil, sondern auch weil Flüchtlinge gekommen sind.

Gefordert ist vor allem die Stadt, und sie hat bei allen Schwierigkeiten viele Maßnahmen auf den Weg gebracht. Alle ankommenden Flüchtlinge werden gesund-

heitlich betreut, die Unterkünfte auf ihre hygienischen Bedingungen geprüft, Impfungen durchgeführt und über frühkindliche Förderung aufgeklärt. Mit der Gesundheitskarte kann jeder Flüchtling in Köln zum Arzt gehen. Aber das Asylbewerberleistungsgesetz beschränkt die gesundheitliche Versorgung weitgehend auf Notfälle. Alle Kinder werden schulärztlich untersucht, es gibt Hebammen-Netzwerke für Schwangere und Dolmetscherpools werden aufgebaut. Dies reicht aber noch nicht aus. Mehr SprachmittlerInnen, mehr LotsInnen, mehr DolmetscherInnen in den Herkunftssprachen müssen ausgebildet und vor allem angemessen bezahlt werden.

Für die frühkindliche Förderung haben alle Flüchtlingskinder ein Recht auf

Aufnahme in eine Kita. Aber die Erziehenden brauchen Hilfe und Unterstützung um die Flüchtlingskinder betreuen zu können.

Die schulische Integration muss weiter ausgebaut werden. Derzeit gibt es 157 Vorbereitungsklassen in der Primar und Sekundarstufe und Integrations- und Förderklassen für Jugendliche mit rund 400 Plätzen. Mehr SchulsozialarbeiterInnen könnten für eine schnellere und bessere Integration in die Schulen sorgen. Leider hat der Rat der Stadt nur fünf zusätzliche Stellen genehmigt. Das ist viel zu wenig.

Völlig unbefriedigend ist jedoch das Bildungsangebot für junge Erwachsene. Mit Beginn des Schuljahres 2015/16 hat Schulministerin Löhrmann die Internationalen Förderklassen der Berufskollegs für über 18-Jährige gesperrt und hält trotz



vieler Einwände und Interventionen u.a. des „Kölner Runden Tisches für Integration“ und des „Beirates Schule – Beruf“ der Stadt Köln sowie des Flüchtlingsrates und der GEW NRW stur an ihrer Position fest. Gleichzeitig bietet ausgerechnet Bayern an jedem Berufskolleg 2-jährige Integrations- und Förderklassen für junge erwachsene Flüchtlinge bis zum 25. Lebensjahr an.

Immer mehr rücken Integrationskurse und Sprachförderung in den Fokus der öffentlichen Debatte. Das neue Integrationsgesetz will Flüchtlinge sanktionieren, wenn sie keine Integrationskurse besuchen. Aber diese waren bisher nur für anerkannte AsylbewerberInnen überhaupt zugänglich. Und das Angebot reichte vorne und hinten nicht aus. Jetzt haben die Stadt und auch das Jobcenter mehr Sprachkurse angeboten und diese aber nur für Flüchtlinge mit Bleiberechtsperspektive (Syrien, Irak, Iran, Eritrea) geöffnet. Alle anderen sind auf spendenfinanzierte Angebote angewiesen.

Arbeit, Integration und Abschiebung

Auch die Integration in den Arbeitsmarkt kommt kaum vom Fleck. In den ersten drei Monaten haben Flüchtlinge überhaupt keinen Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Erst dann können sie eine Ausbildung aufnehmen oder einen Job annehmen. Es gibt aber zu wenig Angebote und oft sind die bürokratischen Hürden des Ausländerrechts zu hoch. Rund 3.000 Flüchtlinge sind derzeit in der Betreuung der Agentur für Arbeit, 8.000 in der des Jobcenters. Viele von ihnen müssen noch weiter gefördert werden.

Denn trotz mitgebrachter Qualifikationen, die schneller anerkannt werden müssen, ist der Weg in eine hochmoderne Arbeitsgesellschaft für viele noch weit. Geeignete Instrumente und Maßnahmen zur Integration, die den Flüchtlingen die gleichberechtigte Chance auf gute Arbeit verschaffen, gibt es faktisch noch nicht und wenn es Integrationsmaßnahmen etwa in der Berufsvorbereitung nach dem SGB III gibt, sind sie Flüchtlingen im Asylverfahren verwehrt. Zudem mangelt es immer noch an ArbeitgeberIn, die dann wirklich

bereit sind, Flüchtlingen die Chance auf Ausbildung und Arbeit zu geben.

Eine Katastrophe ist die ausländerrechtliche Praxis, für die allein der Bundesinnenminister verantwortlich ist. Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge in Köln konnten noch keinen Antrag auf Asyl stellen. Nur mit einer vorübergehenden Aufenthaltsgestattung versehen müssen sie darauf warten, dass sie beim BAMF ihren Antrag auf Schutz stellen können, um dann Monate zu warten bis darüber entschieden ist. Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea, dem Iran und dem Irak erhalten in der Regel Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder aber – weil ihnen bei einer Abschiebung Gefahr für Leib und Leben droht – einen subsidiären Schutz.

Aber die Flüchtlinge aus Afghanistan warten seit Monaten auf die EntscheidungInnen des BAMF, deren oberster Dienstherr öffentlich die Meinung verkündet, erhebliche Teile Afghanistans seien sicher. Pech nur, dass sich die Taliban und andere Gewalttäter nicht an solche ministeriellen Prognosen halten und daher immer noch keine Flüchtlinge in ein Land zurückgeschoben werden können, das auch ein jahrelanger Bundeswehreinsatz nicht befrieden konnte.

Inzwischen nimmt jedoch die Zahl derjenigen zu, die sich an die Rückkehrberatung wenden, die von der Diakonie getragen wird. Seitdem die Balkanstaaten nach und nach zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden, wächst der Druck auf die Ausländerbehörden der Kommunen, diese Menschen auch abzuschicken. Sicheres Herkunftsland bedeutet für sie, dass sie zwar einen Antrag auf Asyl stellen können, aber für ihre Verfolgung unanfechtbare Beweise vorlegen müssen. Dabei haben „Pro Asyl“ und „Amnesty“ nachgewiesen, dass insbesondere Minderheiten wie die Roma verfolgt werden. Roma werden systematisch ausgegrenzt. Sie erhalten so gut wie keine soziale und/oder gesundheitliche Hilfe, werden diskriminiert und Opfer von Gewalttaten, weil sie eine ethnische Minderheit sind. Dies ist ein eindeutiger Grund für die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention.

Dennoch üben Bund und Land Druck aus, gerade die Ärmsten der Flüchtlin-

ge auszuweisen. Vorrang soll die freiwillige Ausreise haben und so wenden sich Flüchtlinge an die Beratung um Rat und Hilfe. Aber nicht nur von der Abschiebung bedrohte Menschen, auch Menschen, die Sorge um ihre Familienangehörigen in den Bürgerkriegsgebieten haben, erwägen wieder zurückzukehren.

Abschottung

Besonders unmenschlich ist die von der Großen Koalition und der Mehrheit des Bundesrates auch mit Grüner Beteiligung gebilligte Aussetzung des Familiennachzuges für subsidiär geschützte. Denn sie müssen erleben, dass ihre Kinder nicht mehr in die Bundesrepublik einreisen können und nach dem EU-Türkei-Deal häufen sich Berichte von Rückweisungen von Syrien-Flüchtlingen an der türkisch-syrischen Grenze.

Einige der Rat suchenden Flüchtlinge wollen und können wieder zurückreisen. Das sind die, die aus den vom IS befreiten Gebieten des Nordirak kommen. Sie sind froh, wieder in die Heimat zu kommen, auch wenn das Leben dort schwer ist.

Dieses Beispiel zeigt auch: Nur die wirkliche Beseitigung der Fluchtursachen kann dazu führen, dass Menschen nicht länger fliehen. Zwar hat die Sperrung der Balkanroute, die rechtswidrig von den autoritären Staaten wie Ungarn oder durch informelle Anweisungen der Polizei der beteiligten Staaten veranlasst wurde, die Flüchtlingszahlen zurück gehen lassen. Aber um welchen Preis? Internationales Recht auf Schutz wurde gebrochen. Den Aufnahmeländern Griechenland und Italien wird weiterhin die Last der Unterbringung und Versorgung aufgebürdet.

Europa nimmt hin, dass die Mehrheit der ost- wie auch der westeuropäischen Staaten sich weigert Flüchtlinge aufzunehmen. Nationalismus und Fremdenhass zerstören das, was so gerne als europäische Wertgemeinschaft dem autoritären Russland oder dem Regime Erdogans in der Türkei entgegengehalten wird.

Hier fordern Politiker und Medien, dass die europäischen Werte und Menschenrechte zu respektieren haben. Aber die EU und ihre Mitgliedsstaaten machen

“ Der Reichtum Europas und vor allem derer, die sich ihn aneignen, beruht auch auf ungleichen Handelsbeziehungen und der Macht europäischer Konzerne. Wenn es auch viele Fluchtursachen in den Herkunftsländern gibt, so trägt Europa Mitverantwortung dafür.

nicht nur einen menschenrechtswidrigen Deal mit der Türkei, sondern streben auch mit autoritären und diktatorischen Regimen in Afrika Abkommen an, nach der Devise: Ihr erhaltet Millionen Euros, wenn ihr die Fluchtwege unterbrecht.

Aber trotz aller Bemühungen der EU werden Menschen sich weiter auf den Weg nach Europa machen, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu suchen. Viele werden sich auch nicht davon abhalten lassen, dort Arbeit zu finden, wo diejenigen sitzen, deren Geschäftspolitik und deren Profitinteresse oftmals verantwortlich ist für den Niedergang der heimischen Wirtschaft, für den Klimawandel, der Seen und Flüsse austrocknen und Böden verdorren lässt und deren Waffenschmiedern, die Diktatoren und die Bürgerkriegsparteien ausrüsten.

Gewinner und Leidtragende

Der Reichtum Europas und vor allem derer, die sich ihn aneignen, beruht auch auf ungleichen Handelsbeziehungen und der Macht europäischer Konzerne. Wenn es auch viele Fluchtursachen in den Herkunftsländern gibt, so trägt Europa Mitverantwortung dafür.

Solange sich das nicht ändert, werden Flüchtlinge kommen. Sicher: nur ein kleiner Teil der 60 Millionen, die weltweit insgesamt auf der Flucht sind. Noch so hohe Zäune und noch so wirksame Sperren werden dies nicht verhindern, sondern nur die Gewinne der Schlepper und die Zahl der Opfer steigern.

Darum brauchen wir aus humanitären Gründen eine Wende in der europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik. Eine sichere Einreise, die Zusammenführung getrennter Familien, eine schnelle und rechtsstaatliche Prüfung des Antrages auf Schutz und eine wirksame Hilfe zur Selbst-

hilfe, um hier ein selbstbestimmtes und von staatlicher Hilfe unabhängiges Leben zu führen.

Es gibt dagegen viele Vorbehalte und manche dieser Vorbehalte gründen auch auf Erfahrungen. Auf Begegnungen mit einzelnen Flüchtlingen, die nicht positiv waren, auf Herausforderungen im persönlichen Umgang, auf Verhaltensweisen und Regeln, die – wie manche Umgangsformen mit Frauen – nicht akzeptiert werden können.

Aber das sind Herausforderungen, die wir auch bei den Menschen, die hier leben und aufgewachsen sind, zu bewältigen haben. Eine Verweigerung des Schutzes rechtfertigt das keineswegs. So wie die umstrittene Erklärung der Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern, obwohl dort die Rechte von Frauen, Homosexuellen und politischen Oppositionellen mit Füßen getreten werden.

Aber, so wird dann eingewandt: Wir können doch nicht mit offenen Grenzen alle aufnehmen die kommen? Diese rhetorische Frage ist so absurd, wie die, ob zweimal zwei fünf sein könnte.

Denn es wollen und werden längst nicht alle kommen. Und es könnten auch bei einer anderen europäischen Flüchtlingspolitik 500 Millionen Europäer noch deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen und es würden dann auch die Erkenntnis und der Druck wachsen, dass Europa oder die europäische Wirtschaft nicht auf Kosten vieler Menschen anderer Länder ungenutzt Profite machen kann.

Rund 25.000 Menschen, die zu uns geflohen sind, sind in einer Millionenstadt wie Köln nicht viel. Diese sind auch weder die ersten Vorbote einer Völkerwanderung, noch eines ununterbrochenen Flüchtlingsstromes, der um jeden Preis begrenzt werden muss, noch uns überfremdende islamistische Horden oder gar kri-

minelle Banden oder welche Bedrohungsszenarien in den vernebelten Köpfen verängstigter, überforderter oder rassistisch eingestellter Menschen umhergeistern.

Aber Stimmen in der politischen und medialen Diskussion oder gar markige Forderungen selbst aus der Bundesregierung schüren Bedrohungsängste und übersehen dabei, dass diese Ängste nur Wasser auf die Mühlen derjenigen sind, die unsere Demokratie von Rechtsaußen her bedrohen.

Nicht nur die Herausforderungen, die die Aufnahme, Unterbringung, Bildung und Integration von Flüchtlingen für unsere Stadt und die Stadtgesellschaft bedeuten, müssen diskutiert und vor allem bewältigt werden. Es geht auch um uns, unsere Demokratie. Ob Flüchtlinge in unserer Stadt willkommen sind, ob sie respektvoll behandelt werden und hier leben und arbeiten können oder ob sie an den Rand gedrängt, bedroht und vertrieben werden sollen, das ist die Frage.

Dazwischen läuft die Trennungslinie zwischen engagierten und weltoffenen Menschen, demokratischen Parteien, der Zivilgesellschaft auf der einen und einer lautstarken und immer hasserfüllteren Minderheit der Bevölkerung auf der anderen Seite, die seit Jahren fremdenfeindlich und rechtsextrem eingestellt ist, nun in sozialen Netzwerken ihren Hass auskubeln kann und anscheinend in der AfD ihr Ventil gefunden hat, um es unserer Demokratie einmal zu zeigen.

Es geht auch in Köln um den Konflikt zwischen denen, die unser Grundgesetz und seine Werte achten und verwirklichen und denen, die sich hinter den Mauern eines autoritären Staates in einer von Fremdenangst und Feindschaft durchtränkten Gesellschaft vor der Welt verbarrikadieren wollen. Letzteres hat keine Zukunft.



Unserer beiden InterviewpartnerInnen auf dem Weg in den Sitzungssaal der Stadthalle Bielefeld



Rund 50 Anträge zu Inklusion, TV-L, Satzung, Bildungspolitik etc. wurden beraten und beschlossen

Einschätzungen zum Landesgewerkschaftstag der GEW NRW

Anlässlich des Landesgewerkschaftstags, der alle vier Jahre stattfindet und in diesem Jahr vom 21. April bis 23. April in Bielefeld durchgeführt worden ist, haben wir mit Hildegard Achilles und Stefan Schüller gesprochen. Beide waren zum ersten Mal Teil der GEW-Delegation aus den Kreis- und Stadtverbänden des Kölner Regierungsbezirks. Allein der Kölner GEW-Stadtverband war mit 26 Personen vertreten. Insgesamt waren rund 400 Delegierte gemeldet. Das Gespräch führte Guido Schönian

„forum“: *Ihr Lieben, zu Anfang die Frage: Welche Erwartungen hattet ihr und wie war 's?*

HILDEGARD ACHILLES: Ich war vor allem neugierig, wie es bei einem Gewerkschaftstag wohl zugeht und ob es bei so vielen Delegierten überhaupt möglich ist inhaltlich zu diskutieren und ob jeder zu Wort kommen kann. An diesem Punkt war ich positiv überrascht und ich bin bei der Tarifdebatte ja dann auch mutig mehrmals ans Mikro gegangen.

Schade fand ich, dass so viel Zeit verwendet wurde für Grußworte, einen Vortrag und die Beratung über die Satzungsänderungen. Das war zwar alles interessant, aber dadurch konnten viele andere wichtige Themen nicht mehr diskutiert werden.

Das stramme Programm hat mich beeindruckt, wir haben ja wirklich den ganzen Tag von morgens bis abends getagt und debatiert und auch am Samstag wurde noch bis zur letzten Minute beraten.

STEFAN SCHÜLLER: Ich habe mit leidenschaftlichen Diskussionen und Abstimmungsmarathons gerechnet. So ist es dann auch gekommen. Es hört sich vielleicht komisch an, aber die drei Tage vergingen wie im Flug und wir hätten mindestens noch einen weiteren Tag gebraucht. Was mich überrascht hat, war, dass durchaus auch Anträge gegen den Willen des Vorstands beschlossen wurden. Für diese urdemokratischen Überraschungen liebe ich meine Gewerkschaft.

„forum“: Neben der Wahl des Landesvorstands und der Leitungsteams für die einzelnen Referate, die es auf Landesebene gibt, wurden auch rund 50 Anträge – teilweise kontrovers – diskutiert. Was sollten unsere Mitglieder darüber wissen?

HILDEGARD: Ich war als Mitglied im Arbeitskreis für angestellte Lehrkräfte besonders an der Tarifpolitik interessiert und daran, welche Forderungen der Gewerkschaftstag dem Landesvorstand für die nächste Tarifrunde mit auf den Weg geben würde. Hier gab es eine sehr kontroverse Diskussion, unser Arbeitskreis schlug als Eckeingruppierung für Tarifbeschäftigte Entgeltgruppe 14 (EG 14) vor, während im Antrag des Landesvorstandes EG 13 mit

Foto: GEW Gewerkschaftstag

Ausgleichszahlungen vorgeschlagen wurde. Sebastian Krebs und Cetin Mogultay haben sich sehr vehement gegen unseren Vorschlag ausgesprochen, und wir waren bei der Abstimmung sehr überrascht, dass dann doch eine große Mehrheit der Delegierten für unseren Vorschlag stimmte. Auch bei anderen Anträgen wurde gegen das Votum des Vorstandes gestimmt. Das hat mir gezeigt, dass es bei den Abstimmungen immer wieder zu Überraschungen kommen kann. Mit unseren Beschlüssen machen wir es dem Vorstand also durchaus nicht immer leicht, was auch Dorothea Schäfer in ihrem Schlusswort bestätigt hat.

STEFAN: Im Mittelpunkt der inhaltlichen Kontroverse stand mit Sicherheit die Ausrichtung der Tarifpolitik. Mit überwältigender Mehrheit wurde ein Änderungsantrag der Stadtverbände Leverkusen und Köln angenommen, der sich kurz auf die Formel bringen lässt: EG 14 für alle angestellten LehrerInnen – schulformunabhängig. Außerdem soll eine Landestarifkonferenz einberufen werden.

Es war mit Sicherheit richtig und wichtig, dass so ausgiebig über die Tarifpolitik ge-

Die Beschlüsse des NRW-Gewerkschaftstags lagen bei Redaktionsschluss leider noch nicht in druckfertiger Version vor. Bitte informiert euch auf den Seiten der GEW NRW.

sprochen und diskutiert wurde. Trotzdem fand ich es schade, dass wir andere Themenblöcke nur am Rande anschnitten.

„forum“: *Jetzt seid ihr beide als Delegierte Neulinge gewesen. Wie habt ihr die Stimmung der TeilnehmerInnen wahrgenommen? Immerhin gibt es momentan umfassende Baustellen wie etwa das Thema Inklusion, TV-L, COPSQ...*

HILDEGARD: Es war für mich sehr spürbar, dass vor allem die Themen Inklusion und Tarifpolitik für viele Delegierte wichtig waren und ich glaube, nicht nur mir ist es so ergangen, dass ich ungeduldig wurde, als diese Themen nach dem zweiten Tag immer noch nicht diskutiert worden waren. Ansonsten fand ich die Stimmung

insgesamt gut. Ich habe einige KollegInnen aus anderen Stadtverbänden kennengelernt. Der Ablauf war reibungslos und gut organisiert. Für Essen und Trinken war immer gut gesorgt, so dass das „Rundherum“ die gute Stimmung unterstützte. Der Ton bei den Debatten hätte allerdings an manchen Stellen freundlicher und respektvoller sein können.

STEFAN: Schon auf der Hinfahrt habe ich im Zug andere Delegierte kennengelernt. Da ich gerade dabei war, die Änderungsanträge einzusortieren, konnte ich meine Gewerkschaftsidentität kaum verbergen. Wir haben viel gelacht und auch auf dem Gewerkschaftstag selbst war die Stimmung trotz inhaltlicher Differenzen gut. Das fand ich sehr schön. Ich würde hierzu gerne anregen, dass man vielleicht beim nächsten Gewerkschaftstag zusätzlich zur Hotelunterbringung eine Schlafbörse einrichtet. So können anreisende Delegierte Kontakte zu den „Locals“ knüpfen und die anonyme Masse von 400 Delegierten bekommt plötzlich Gesichter.

„forum“: *Vielen Dank für eure Einschätzungen und Hinweise!*

Ergebnis der GA-Wahl im Mai 2016

Gewählt wurden:

Balzer, Christiane	641
Bartenstein, Ines	616
Kleifgen, Beate	560
Seeber, Brunhilde	556
Hering, Eva	474
Hoheisel-Adejolu, Elke	460
Kuhlmann, Hannes	453
Schönian, Guido	381
Eilers, Frauke	369
Fladerer, Alexander	312
Backhaus, Maria/Görgen, Elke	307

vorläufige GA-Geschäftsverteilung:

- Finanzen:** Beate Kleiften, Elke Hoheisel-Adejolu (Stellv.)
 - forum:** Guido Schönian, Eva Hering
 - Rechtsberatung:** Ines Bartenstein
 - Geschäftsstelle/Personalfragen und Juristische Außenvertretung:** Beate Kleifgen und Ines Bartenstein
 - Vertretung des Kölner Stadtverbands in den Gremien:** DGB Stadtvorstand: Alexander Fladerer und Angela Bankert
 - Untergliederungsversammlung:** Hannes Kuhlmann
 - Bezirksvorstand:** Guido Schönian, Eva Hering (Stellv.)
 - Kontakt zu LaVo:** Brunhilde Seeber, Alexander Fladerer
- Weitere Themenbereiche werden bei der Klausurtagung im September 2016 besetzt.

Wahlberechtigte: 5.223 | gültig abgegebene Stimmen: 992 (von 1.010)



Personalratswahl in der Teildienststelle Kita der Stadt Köln 2016

Zu den diesjährigen Personalratswahlen der Teildienststelle Kita hat unsere Kollegin Eva Aryabi, GEW Mitglied, auf der Vorschlagsliste ver.di auf dem Platz 19 kandidiert. In letzter Minute hat die KOMBA ebenfalls eine Vorschlagsliste eingereicht. Da die Wahlbeteiligung der Kolleg*innen gering war, entfielen auf die Liste 1 - ver.di: 2.232 Stimmen und auf die Liste 2 - KOMBA: 171 Stimmen. Im Endergebnis ging der Platz 19 an die KOMBA. Eva Aryabi ist somit Nachfolgekandidatin. Sie wird an Sitzungen des Personalrats teilnehmen, ebenso an Schulungen für Personalräte. Wir, die GEW im Stadtverband Köln, bedanken uns bei Eva, dass sie zur Wahl angetreten ist und werden sie tatkräftig unterstützen. Ein gemeinsamer Personalrat ist ein starker Personalrat.

Brunhilde Seeber, Arbeitskreis Kita

Ein Dankeschön! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen der städtischen Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln, ich möchte mich bei euch allen ganz herzlich für das entgegengebrachte Vertrau-

en bei der Personalratswahl, die vor zwei Monaten stattgefunden hat, bedanken. Sicherlich seid ihr alle schon darüber informiert, dass ich leider nicht direkt in den Personalrat gewählt bin, da es eine zweite Liste gab. Somit belege ich den zwanzigsten Platz und bin die erste Nachrückerin. Daher werde ich zu allen Sitzungen eingeladen und werde auch an allen Sitzungen teilnehmen können und eine Stimme haben. Da es mir sehr wichtig ist, eure Interessen dort zu vertreten, werde ich gemeinsam mit unserer GEW Geschäftsstelle noch nach einem Weg suchen, wie wir uns austauschen können, damit wir gemeinsam die Dinge auf den Weg bringen, die euch am Herzen liegen.

Hierzu werdet ihr nach den Sommerferien etwas von mir und der GEW hören. Auch wenn unser erstes Ziel nicht ganz erreicht ist, so denke ich doch, ist dies nun ein erster Schritt in die richtige Richtung und ich bin mir sicher, es werden noch viele weitere Schritte folgen. Euch allen erst einmal eine wunderschöne Urlaubszeit und gute Erholung! Ihr hört von mir, bis dahin mit lieben Grüßen eure Eva Aryabi

Foto: Cherries/fotolia

Förderschule und Schule für Kranke bei der Bezirksregierung Köln

Mit einem Wahlergebnis von 79,28 % liegen wir landesweit an der Spitze. Im Vergleich zu 2012 haben wir nochmals 1,83 % hinzugewonnen. Das verdanken wir Euch: danke für Euer Vertrauen und vor allem Eure Unterstützung im Wahlkampf. Ohne Euch hätten wir die logistischen Herausforderungen beim Verteilen der Wahlkampfmaterialien nicht stemmen können! Wir werden Euch weiterhin mit großem Engagement bei Problemen und Fragen beraten und unterstützen und unsere Mitbestimmungsrechte gegenüber der Bezirksregierung wahrnehmen.

Unser Personalratsgremium hat sich aufgrund von geringeren Beschäftigungszahlen, u. a. auch durch zahlreiche Versetzungen in die anderen Schulkapitel von 21 auf 19 Mitglieder verkleinert. Die GEW Fraktion hat 15 von 19 Sitzen. Bedauerlicherweise ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2012 von 49,64 % auf 45,63 % gesunken. Ein Dank für die gute Arbeit und Unterstützung gilt unseren Kölner Kolleginnen und Kollegen, die nun aus dem Personalrat ausgeschieden sind: Heinz-Jürgen Kaiser hat sich jahrelang intensiv um den Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz für Kollegen/-innen gekümmert und eingesetzt und unsere Fachgruppe ‚Sonderpädagogische Berufe‘ geleitet und entscheidend mitgestaltet.

Einen großen Dank dafür - hoffentlich bleibst Du uns als aktives GEW-Mitglied erhalten! Auch Gudrun Schulz und Gerta Klüwer, die sich als GEW-Nachrückerinnen gut eingearbeitet hatten, sind leider nicht mehr dabei, auch ihnen einen großen Dank. Marion Nowotny bleibt weiterhin Vorsitzende des Personalrats. Ihre Erfahrung und ihr herausragender Wissensfundus in allen Bereichen der Personalvertretung beeindruckten immer wieder. Vor allem fordert Marion mit freundlicher und konsequenter Hartnäckigkeit unsere Mitbestimmungsrechte gegenüber der Dienststelle ein, sodass wir mit Marion gut aufgestellt sind. Weiterhin ist die Stadt Köln mit Christiane Balzer vertreten, die durch ihre guten Kontakte zur GEW Köln als Mitglied des GA die starke Verbindung des Personalrats mit der GEW aufrecht hält.

Für die Tarifbeschäftigten und als kompetenter Ansprechpartner für alle Fragen rund um dieses Aufgabengebiet ist weiterhin Heiner Brokhausen Mitglied im Personalrat. Auf dem zweiten Nachrückerplatz steht erstmalig Esther Brandt, als eine der jüngeren Vertreterinnen, die sich jetzt auch mehr in die Fachgruppenarbeit einbringen will. Für die Zukunft suchen wir engagierte Kollegen/-innen, die sich langfristig für Personalratsarbeit interessieren. Christiane Balzer, Heiner Brokhausen

Mehr Ergebnisse auf den Seiten 18-19 >

Ergebnisse der Personalratswahlen 2016

Die GEW - Personalräte der Realschule möchten sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die bei den Personalratswahlen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ihre Stimme gegeben haben, herzlich für ihr Vertrauen bedanken!

Im BPR wurde die Anzahl der Personalräte von 19 auf 17 reduziert und der VBE kandidierte erstmalig. Dennoch hat die GEW im BPR nur 23 Stimmen weniger erhalten als Lehrer NRW! Lehrer NRW hat im Vergleich zu 2012 massive Verluste erlitten. Der VBE hat 2 Sitze erreicht. Die Liste SchaLL hat ihr Ergebnis im BPR ungefähr gehalten. Hier das Wahlergebnis (in Klammern zum Vergleich das Ergebnis von

Bezirkspersonalrat (BPR)			
GEW	Lehrer NRW	VBE	SchaLL
35,95% (38,61%)	37,66% (48,44%)	15,34% (-)	11,05% (12,95%)
6 Sitze (7 S.)	7 Sitze (10 S.)	2 Sitze (0 S.)	2 Sitze (2 S.)
Hauptpersonalrat (HPR)			
GEW	Lehrer NRW	VBE	SchaLL
33,43%	38,78%	14,26%	11,00%
5 Sitze (5 S.)	6 Sitze (7 S.)	2 Sitze (2 S.)	2 Sitze (1 S.)
Korrekturfachlehrer			
2,53 (-), kein Sitz			

2012):

Die Wahlbeteiligung war mit ca. 39% leider - trotz aller Aktivierungsbemühungen - sehr niedrig.

Wir werden im neuen Personalrat aktiv die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen vertreten.

ERGEBNISSE

Personalratswahl	2016			2012			Platz	neu gewählt
	Stimmen BPR	%	Sitze	Stimmen BPR	%	Sitze		
HAUPTSCHULE								
Wahlberechtigte	2674			3810			1	Christina Klotz
gültige abgegebene Stimmen	1033	38,63		1795	47,11		2	Klaus Lange
GEW	491	47,53	7	884	49,25	9	3	Gertraud Leggewie
VBE	343	33,2	5	614	34,21	6	4	Lutz Schörken-Koch
SchaLL	199	19,26	3	262	14,6	2	5	Wolfgang Schmitz
lehrer nrw	-	-	-	28	1,56	0	6	Trudi Sattler-Trauth
							7	Amélie Bek

REALSCHULE

Wahlberechtigte	3563						1	Maria Backhaus
gültige abgegebene Stimmen	1349	37,86					2	Sabine Foike-Philipps
GEW	485	35,95	6		38,61	7	3	Katrin Reininghaus
lehrer nrw	508	37,66	7		48,22	10	4	Dietgard Schwarz
VBE	207	15,34	2		-	-	5	Sascha Klupsch
SchaLL	149	11,05	2		12,95	2	6	Erika Zerfin

GESAMTSCHULE/SEKUNDARSCHULE/GEMEINSCHAFTSSCHULE/PRIMUS-SCHULE

Wahlberechtigte	6868						1	Werner Balfer
gültige abgegebene Stimmen	2207	32,13		1737			2	Emmy Schul
GEW	1353	61,3	15	1106	63,67	13	3	Norbert Arnold
VBE	298	13,5	3	163	9,38	1	4	Annette Schmidt
PhV	191	8,65	2	174	10,01	2	5	Martina Mohl-Lomb
lehrer nrw	123	5,57	1	17	0,98	0	6	Guido Mädje
Fidel/SchaLL	242	10,97	2	277	15,95	3	7	Ines Bartenstein
							8	Günter Schöbel
							9	Vera Knopp
							10	Beate Schulte-Hubbert
							11	Bettina Grimberg
							12	Ingo Löw
							13	Ina Malissa
							14	Andreas von Meer
							15	Thomas Schmied

GYMNASIUM/WEITERBILDUNGSKOLLEG

Wahlberechtigte	10688						1	Martin Pötz
gültige abgegebene Stimmen	6214	58,14					2	Andrea Belke
GEW	2025	32,59	8		31,98	8	3	Rainer Siemund
PhV	3194	51,4	14		53,38	14	4	Heribert Schmitt
SchaLL	427	6,87	1		6,36	1	5	Barbara Hoppe
Korrekturfachlehrer	568	9,14	2		8,26	2	6	Alexander Fladerer
							7	Heike Wichmann
							8	Gudrun Skeide-Panek

ERGEBNISSE

Personalratswahl	2016			2012			Platz	neu gewählt
	Stimmen BPR	%	Sitze	Stimmen BPR	%	Sitze		
FÖRDERSCHULE/SCHULE FÜR KRANKE								
Wahlberechtigte	4572			5175			1	Marion Nowotny
gültige abgegebene Stimmen	2017	45,63		2550	49,28		2	Beate Klinke
GEW	1599	79,28	15	1975	77,45	17	3	Dieter Oster
VBE	418	20,72	4	575	22,55	4	4	Marlene Klotz
							5	Christiane Balzer
							6	Claudia Witte
							7	Dietrich Meyer
							8	Ute Busch
							9	Regina Küpper
							10	Gitta Hoffmann-Fricke
							11	Michael Franz
							12	Martin Kräling
							13	Martina Hafer-Koss
							14	Heiner Brokhausen
							15	Birthe Draeger

BERUFSSKOLLEG

Wahlberechtigte	5507						1	Thomas Wesseler
gültige abgegebene Stimmen	2317	42,07		2699			2	Ruth Elsing
GEW	558	24,08	5	681	25,23	5	3	Christiane Hahn
vlbs/vlw	1450	62,58	14	1662	61,58	14	4	Jörg Buschmann
SchaLL	309	13,33	2	356	13,19	2	5	Dieter Schultheis

GRUNDSCHULE

Wahlberechtigte	2797						1	Isabell Götde-Werth
gültige abgegebene Stimmen	1024	36,61		1.001			2	Martina Schütte
GEW	685	66,89	10	688	68,73	10	3	Norma Kraft
VBE	339	33,11	5	313	31,27	5	4	Thomas Ridder-Padberg
							5	Elke Hoheisel-Adejolu
							6	Ali Dogan
							7	Regina Reisenauer
							8	Katharina Wollenschein
							9	Anke Bieberstein
							10	Silke Knabel

STÄDTISCHE KITAS

Wahlberechtigte	4.012							
gültige abgegebene Stimmen	2402	59,87						
ver.di	2232	92,92	18					
Komba	171	7,12	1					

Anmerkung: Platz 19 auf der ver.di-Liste war unsere Eva Aryabi als GEW-Mitglied; somit erstes Ersatzmitglied.

BUNDESWEITE DEMONSTRATION GEGEN CETA UND TTIP AM 17. SEPTEMBER 2016 IN KÖLN

und zeitgleich in sechs weiteren Städten

Wir veröffentlichen den Aufruf des Organisationsbündnisses, an dem auch der DGB und die GEW beteiligt sind:

Für einen gerechten Welt-handel: CETA & TTIP stoppen! – Jetzt wird entschieden!

Aufruf zu bundesweiten Großdemonstrationen in sieben Städten – in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart am 17. September 2016

Für einen gerechten Welt-handel! CETA & TTIP stoppen!

CETA und TTIP, die Abkommen der EU mit Kanada und den USA, drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben. Im Herbst geht diese Auseinandersetzung in die heiße Phase: EU und USA drücken aufs Tempo und wollen TTIP bis zum Jahresende fertig verhandeln.

CETA ist bereits fertig verhandelt. EU-Kommission und Bundesregierung wollen, dass das Abkommen beim EU-Kana-

da-Gipfel im Oktober offiziell unterzeichnet wird. Zuvor müssen sowohl der EU-Ministerrat als auch die Bundesregierung entscheiden, ob sie CETA stoppen. CETA dient als Blaupause für TTIP. Schon mit CETA könnten Großunternehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern.

Kurz vor diesen Entscheidungen tragen wir unseren Protest gegen CETA und TTIP auf die Straße! Getragen von einem breiten Bündnis demonstrieren wir mit weit über hunderttausend Menschen am Samstag, den 17. September in sieben Städten – in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart.

Damit fordern wir auch die Landesregierungen auf, im Bundesrat CETA und TTIP nicht zuzustimmen. Wir sind Teil einer transnationalen Bewegung: Auf beiden

Seiten des Atlantiks streiten wir zusammen mit unseren Freund/innen und Partner/innen in Kanada und USA gegen Abkommen, die vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen fest-schreiben.

Hier wie dort treten wir für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert.

Sie muss insbesondere Demokratie und Rechtsstaat fördern sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen für die Zukunft sichern, nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch, Umwelt und guter Arbeit stärken sowie die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern.



Am 10. Okt. 2015 haben 250.000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet in Berlin gegen die geplanten Freihandelsabkommen protestiert.



Am 23. Apr. 2016 waren es bei einer „nur“ regional organisierten Demo anlässlich des Obama-Besuchs in Hannover noch einmal gut 90.000 TeilnehmerInnen

Fotos: DGB und Bundestagsfraktion Die Linke

AUFRUF ZU BUNDESWEITEN GROSSDEMONSTRATIONEN AM 17. SEPT. 2016 IN SIEBEN STÄDTEN
BERLIN FRANKFURT/MAIN HAMBURG KÖLN LEIPZIG MÜNCHEN STUTTGART

STOP CETA TTIP

SA. 17. SEPT. 12 UHR KÖLN
DEUTZER WERFT
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!

DEMO

WWW.TTIP-DEMO.DE



Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen statt sie zu vergrößern global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

Hierfür gehen wir am Samstag, dem 17. September, in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart auf die Straße. Demonstrieren Sie mit!

Kölner Stadtrat zu TTIP: „forum“ 3/2015; S. 13
TTIP und Bildung: „forum“ 4/2015; S. 37f.

Unterrichtsmaterial zu TTIP:
<https://www.gew.de/unterrichtsmaterial/>
Linkliste des DGB zu TTIP:
www.dgb.de/dossiers/ttip-und-ceta

DER AUFRUF KANN HIER UNTERZEICHNET WERDEN:
<http://ttip-demo.de/home/aufruf/>

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch CETA und TTIP gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderklagerrechte für Investoren gefährden demokratische Handlungsfreiheiten.

Beide Abkommen und das Dienstleistungsabkommen TiSA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und

Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken transnationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. CETA und TTIP grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsgerechtigkeit beizutragen.



Demo-Block der Kölner GEW beim 1. Mai 2016: „Obergrenze für Reichtum – nicht für Flüchtlinge!“

Die Kölner GEW beim 1. Mai

Bei der diesjährigen Gewerkschaftskundgebung am 1. Mai war die Kölner GEW mit einem „kleinen aber feinen“ Demo-Block vertreten. An unserem Infotisch, den wir bei der zentralen Abschlussveranstaltung auf dem Heumarkt aufgebaut hatten, kam es zu zahlreichen und intensiven Gesprächen über alle möglichen aktuellen Themen der Bildungspolitik. **Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv an der Durchführung beteiligt haben!**



Auch der Angestellten-Arbeitskreis und die KollegInnen von der VHS waren mit ihren Forderungen vertreten!



Weltoffenheit, Meinungsfreiheit, Zivilcourage ...

Die Vermittlung demokratischer Werte ist zentraler Bestandteil des Bildungsauftrags von Pädagog*innen. Zurzeit frage ich mich allerdings, ob wir alle darunter dasselbe verstehen.

Ein Leserbrief von Conny Dahmen, Lehrerin an einem Gymnasium im Rhein-Erft-Kreis

Anlass für diese Frage ist die öffentliche Debatte um die Proteste gegen die Teilnahme des AfD-Politikers Konrad Adam an einer Podiumsdiskussion beim „Birlikte“-Festival am 5. Juni, das dieses Jahr bereits zum dritten Mal in Gedenken an die Opfer des NSU-Nagelbombenanschlags 2004 in Köln-Mülheim veranstaltet wurde.

Adam war in Kooperation mit dem WDR zur Veranstaltung „Was gilt es zu verteidigen?“ mit Integrationsforscherin Naika Foroutan eingeladen worden. Obwohl im Vorfeld zahlreiche Unterstützer*innen des Festivals, darunter die Initiative „Keupstraße ist überall“, der Integrationsrat der Stadt Köln, der Vorstand der Kölner Bür-

gerhäuser, die Grünen, „Kein Mensch ist Illegal“, „Köln stellt sich Quer“ (Bündnis, in dem auch der DGB und somit die Kölner GEW vertreten sind; Erg. d. Red.) sowie eine Reihe von Künstler*innen dagegen protestiert und das Gespräch mit den Veranstalter*innen gesucht hatten, hielten diese an ihrem Plan fest.

So demonstrierte ich am 5. Juni zusammen mit mehreren hundert Menschen vor und im Veranstaltungssaal des Schauspielhauses gegen die Teilnahme Adams. Wir verteilten Flyer und besetzten die Bühne des „Depot 1“. Nach einer kurzen kontroversen Diskussion wurde die geplante Veranstaltung vom Intendanten Bachmann abgesagt.

In den Artikeln und Kommentaren des „Kölner Stadtanzeiger“ (KStA) dazu werden nun aus Propaganda-Auftritten rech-

ter Demagogen integrale Bestandteile des demokratischen Dialogs, ja eines multikulturellen Zusammenlebens. Lautstarke Proteste derer, die es für ihre Pflicht halten, die Verhöhnung der Opfer rassistischer Gewalt durch einen solchen Auftritt anzuprangern, aktiv einzuschreiten und die Legitimation rassistischer Positionen als Normalität im politischen Diskurs zu verhindern, werden als demokratiefeindlich diffamiert, kriminalisiert, und die beteiligten Aktivist*innen sogar wahlweise mit Stalinisten oder Faschisten auf eine Stufe gestellt.

Warum werden im Nachgang in der Presse eigentlich keine Statements von Anwohner*innen und Opfern des Anschlags veröffentlicht, von denen einige ebenfalls auf der Bühne des Depot 1 gestanden haben? Es wäre interessant zu

Foto: Eigene Aufnahmen

Das, worüber wir heute sprechen wollten, hatte den Titel „Was gilt es zu verteidigen?“. Meiner Meinung nach war das ein politischer Protest, der seinen Raum verteidigt hat. Das finde ich nachvollziehbar.“

Naika Foroutan gegenüber WDR 5

hören, ob die Menschen, die einen rechten Terroranschlag, jahrelange diffamierende Polizeiermittlungen und alltägliche Diskriminierung ausgehalten haben, jetzt auch als Teil einer „demokratischen Gesellschaft“ die Auslassungen eines Rechtspopulisten „aushalten“ wollten, wie es Journalist*innen und Gastkommentator*innen im KStA von den Gegner*innen fordern.

Gerade in den beiden Wochen vor „Birlikte“ haben AfD-Vetreter wie Gauland durch Berichte über immer wieder neue diskriminierende und antidemokratische Äußerungen eine Medienaufmerksamkeit bekommen, von der die Opfer rassistischer Diskriminierung nur träumen können.

Der Plan, dies nun sogar im Rahmen eines Festes zum Gedenken solcher Opfer

zuzulassen, macht aus geistigen Brandstiftern harmlose Biedermänner, die ihre Meinung „ja wohl noch werden sagen dürfen“. Das widerspricht für mich entschieden dem „Geist von Birlikte“ und ist eben nicht auszuhalten.

Der aktive Widerstand gegen rassistische Hetze und Aktionen, an dem sich die Kölner*innen in den letzten Jahren erfreulicherweise immer wieder zu Tausenden beteiligt haben, und den Markus Schwing vom KStA lapidar als „Nullsummenspiel von Demonstration und Gegendemonstration“ darstellt (KStA, 9.6.), ist eine unverzichtbare Störung der Versuche extrem rechter Kräfte, in der Gesellschaft Fuß zu fassen.

Sicher kann sich die AfD nun als vermeintliches Opfer des „linken Main-

stream“ darstellen, aber zumindest diesmal nicht als akzeptierten Diskussionspartner inszenieren.

Die Demonstrant*innen von „Köln gegen Rechts“, dem Antifa-AK und anderen Gruppen haben sich am 5. Juni klar für die Durchführung der Diskussionsveranstaltung ausgesprochen, nur eben ohne Adam. Dies hatte keine Zustimmung seitens der Veranstalter*innen gefunden. Vielleicht ist es aber durch diesen Konflikt beim nächsten Mal eher möglich, zusammen mit den Bewohner*innen der Keupstraße ein Programm zu entwickeln, das alle mittragen können, viele Menschen zum Engagement gegen rechte Hetze und Gewalt bewegt und eine Kampfansage an Rassisten in- und außerhalb der AfD darstellt.

Für eure Unterstützung bei der Personalratswahl 2016 möchten wir uns ganz herzlich bedanken und laden euch zu der folgenden Veranstaltung mit Kölsch und Fingerfood ein. Martina Schütte

FACHGRUPPE GRUNDSCHULE SAVE THE DATE



Donnerstag, 29.09.2016 18.00– 20.00 Uhr

„Auf die Trommel fertig los“ Projektthemen mit Musik

Anmeldeverfahren: Verbindliche Anmeldung per E-Mail an kontakt@gew-koeln.de
Die Teilnahme ist für GEW-Mitglieder frei. Für Nichtmitglieder wird ein Teilnahmebeitrag von 5 Euro erhoben.

Veranstalter & Veranstaltungsort:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Fachgruppe Grundschule
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
www.gew-koeln.de



EINLADUNG **WORKSHOP:** **KÖRPERSPRACHE IN DER SCHULE**



Liebe ReferendarInnen und KollegInnen, die Fachgruppe Gymnasium der GEW Köln lädt Sie ganz herzlich zu einem Workshop ein. **Anhand von theaterpädagogischen Übungen beschäftigen wir uns spielerisch und unterhaltsam mit dem spannenden Thema Körpersprache in der Schule.** Denn neben der Sprache beeinflussen viele nonverbale Aspekte wie Gestik, Mimik, Haltung und Präsenz das Geschehen im Schulalltag. Eine passende Körpersprache verbunden mit der entsprechenden inneren Haltung und ein präsentisches Auftreten sind wesentliche Wirkfaktoren in vielen schulischen Situationen. Oft jedoch vollzieht sich Körpersprache unbemerkt und unbewusst. In diesem vorwiegend auf praktische Übungen ausgerichteten Workshop erhalten Sie Impulse und Anregungen für ein bewusstes körpersprachliches Agieren und ein präsentisches Auftreten in der Schule. Die Übungen führt die erfahrene Theaterpädagogin Claudia Timpner durch. Sie leitet das Institut www.kreativ-impulse.de und ist Mitbegründerin von szenenwechsel-business-Training mit Theatermethoden.

Termin:

Donnerstag, 6. Oktober 2016, von 17 bis 20 Uhr,

DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG), U-Bahn Linien 3, 4, 5

Eine Anmeldung ist wegen der begrenzten Teilnehmerzahl erforderlich

per E-Mail an: kontakt@gew-koeln.de

Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 15 Euro, für GEW-Mitglieder und Studenten ist die Teilnahme kostenlos.

Mit besten Grüßen der Vorstand der GEW Fachgruppe Gymnasium Köln

EINLADUNG DER FACHGRUPPE SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE



Am **22. September um 19.30 Uhr** wird unsere 1. Fachgruppensitzung im Schuljahr 2016/17 stattfinden (es werden nach den Sommerferien noch Flyer an die Schulen geschickt, bitte aushängen) im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, kl. Sitzungszimmer (OG). Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich dazu eingeladen, natürlich auch alle in der Inklusion tätigen. Zur Personalratswahl lautete der landesweite Slogan: „Gewerkschaft wirkt“. Wirksam arbeiten kann die GEW nur, wenn viele aktiv mitarbeiten und mitgestalten. Wir freuen uns auf „alte“ und „neue“ Gesichter, es wäre schön, wenn von jeder Schule jemand teilnehmen könnte.

Tagesordnung:

- Wahl der neuen Fachgruppenvorsitzenden
- Aufbau/Pflege der Vertrauensleutestruktur
- Jahresplanung - welche Themen brennen uns besonders unter den Nägeln
- Infos aus dem Personalrat
- Infos über die Aktivitäten aus dem Stadtverband/anderen Fachgruppen
- Austausch, z. B. wie geht es weiter mit den COPSOQ-Ergebnissen, wie läuft es in der Inklusion, Schulentwicklung in Köln, etc.

Für einen kleinen Imbiss und Getränke wird gesorgt, Präsente für die Vertrauensleute und GEW-Aktiven werden verteilt und die Fußball-EM ist dann auch vorbei. Wir wünschen Euch nach erholsamen Ferien einen guten Start ins neue Schuljahr.

Neues Kita-Gesetz soll keine Revision des KIBIZ sein sondern dieses ablösen

von Brunhilde Seeber, Fachgruppenleitung

Die Landesregierung plant für 2018 ein neues Kindergartengesetz. Bei der Neufassung des Gesetzes sollen die Ergebnisse von bereits vorliegenden Studien berücksichtigt werden und die geforderten Qualitätsstandards z. B. Personalschlüssel, räumliche und materielle Ausstattung, Vor- und Nachbereitungszeit, inklusive Betreuung und Sprachförderung für eine gute frühkindliche Bildung, die Grundlage des neuen Kindergartengesetzes NRW werden.

Im Januar fand dazu im Landtag ein Gespräch mit der Familienministerin Christina Kampmann, den Vertretungen aus dem Familienministerium, dem DGB, ver.di und GEW statt. Man war der gemeinsamen Auffassung, dass entsprechende Impulse von der Basis einfließen sollen.

Daraus entwickelte sich eine Arbeitsgruppe der Gewerkschaften DGB, GEW und ver.di, die dem Familienministerium Impulse liefert.

Über folgende Eckpunkte soll bis Ende des Jahres diskutiert werden: Personalschlüssel, Betreuungszeiten, die Zusammenlegung einzelner Fördertöpfe und – ganz wesentlich – das Finanzierungssystem. Es sollen dann Vorschläge beim Ministerium eingereicht werden. Dazu haben schon mehrere Sitzungen mit DGB, von ver.di und der GEW stattgefunden. In der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beteiligt sich aktiv an dem neuen Kindergartengesetz das Referat J, die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe des Landesverbandes und der Arbeitskreis Kita des

Stadtverbandes Köln. Die ersten Vorschläge und Veränderungen wurden zusammengefasst und als Gesprächsgrundlage mit ver.di genutzt. Zwischen den Gewerkschaften entwickelte sich eine konstruktive Zusammenarbeit und die gemeinsamen Forderungen des DGB, der GEW und von ver.di wurden in Eckpunkten zusammengefasst und dem Familienministerium für das neue Kita-Gesetz als Impuls weitergereicht. Alle Kolleginnen und Kollegen haben die Möglichkeit, an unseren Treffen des Arbeitskreises Kita des Stadtverbandes Köln teilzunehmen und unsere Forderungen zu unterstützen. **Die Fachgruppe trifft sich jeden 2. Montag im Monat in der GEW Geschäftsstelle am Hans-Böckler-Platz in Köln. Denn gemeinsam sind wir stark!**



08.09.2016

Kaffee – Kuchen – COPSOQ

Ein Erfahrungsaustausch unter KollegInnen

COPSOQ – und was nun? Wir möchten die Gelegenheit bieten, mit Kolleginnen über die Ergebnisse von COPSOQ in zwangloser Runde zu sprechen. Welche Reaktionen gab und gibt es? Erfolge bereits Verbesserungs-Maßnahmen?

Am 08.09.2016 von 15.00 – ca. 16.30 Uhr
GGG Paffrath, Paffratherstr. 296

Kinder können gerne mitgebracht werden. Wir bitten zwecks besserer Organisation um eine Anmeldung (auch kurzfristig) per Mail an: bloemera@gmx.de

Liebe Grüße
Angela Blömer, Mirjam Wirtz, Joachim Hofmann

! Geänderter Termin !

FACHTAGUNG DER GEW KÖLN:



„Recht auf Bildung! Geflüchtete und neu zugewanderte Kinder und Jugendliche in Kölner Schulen“

Wann: Samstag, den 5. November 2016

Wo: Willy-Brandt-Gesamtschule, Köln-Höhenhaus

Was: **Impulsreferat: „Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Schulsystem. Bestandsaufnahme und Empfehlungen.“**

Workshops zu vielen interessanten Themen wie:

- Vorbereitungsklassen in Grundschulen
- Vorbereitungsklassen in der Sek I
- Internationale Förderklassen an den Berufskollegs
- Best practise-Beispiele für den DaF-Unterricht
- Der Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen
- Neu zugewanderte Kinder in Kindertageseinrichtungen
- Neu zugewanderte Kinder im Offenen Ganztage
- Die Bedeutung des Herkunftssprachlichen Unterrichts für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche
- Beratung und Betreuung von Flüchtlingskindern und -jugendlichen durch Schulsozialarbeiter /innen
- Deutsch als Fremdsprache in Sprachkursen und Integrationskursen

Podiumsdiskussion: „Recht auf Bildung!“

Veranstalter: Arbeitskreis „Lehrer /innen und Erzieher /innen von Migrantenkindern“ (AK LEMK) der GEW Köln

An immer mehr Schulen in Köln werden Klassen für Flüchtlingskinder eingerichtet (Seiteneinsteigerklassen, Vorbereitungsklassen, Internationale Förderklassen genannt). Es gibt Schulen, an denen diese Klassen eine lange Tradition haben, und Schulen, die erstmals solche Klassen einrichten. Der Bedarf nach Austausch und Information bzgl. Konzeption, Didaktik, Unterstützungsmöglichkeiten o.ä. ist bei den KollegInnen hoch. Auch die Mitarbeiter /innen in vielen anderen Bildungsbereichen (Kita, OGTS, Schulsozialarbeit, Integrationskurse, Deutschkurse etc.) arbeiten mit geflüchteten und neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen. Die GEW Köln möchte hier ein Forum des Austausches und der Vernetzung bieten.

Informationen und Anmeldungen: kontakt@gew-koeln.de

„Am 08.06.2016 hat erneut eine Aktion der GEW NRW stattgefunden, um auf die immer noch bestehende Unegerechtigkeit zwischen angestellten und beamteten KollegInnen hinzuweisen. Fast 100 KollegInnen haben sich daran beteiligt. Einen Bericht und Bilder dazu findet ihr auf den Seiten der GEW NRW. In dieser Ausgabe liefern wir euch eine kürzlich publizierte Presseerklärung der GEW Berlin (dort versuchen die KollegInnen, die Interessen der Angestellten immer energischer zu vertreten) und aktuelle Infos zum Stand des Tarifvertrags von unserer Kölner Rechtsberatung“.

Info zum TV-L EntgeltO von Nina Goerges

Welche Fristen müssen beachtet werden? Frist 1: 31. Juli 2016

Einige (wenige) Beschäftigungsgruppen werden in der neuen EntgeltO besser gestellt. Dies sind vor allem die sogenannten „Nichterfüller“, also die Lehrer ohne 2. Staatsexamen. Darunter fallen z. B. Lehrkräfte für das Fach Sport mit Ausbildung als Vereinssportlehrer, Sportlehrer ohne Ausbildung oder Lehrkräfte für das Fach Kunst- oder Musik mit Master an Gymnasien. Eine Übersicht der betroffenen Lehrkräfte finden Sie hier: http://www.lbv.bwl.de/files/uploads/4_Beilage_08_15.pdf

Alle Beschäftigten die sich hier wiederfinden, können formlos einen Antrag auf Höhergruppierung stellen.

Aber Achtung! Bei einer Höhergruppierung verlieren sie eventuell ihren Strukturausgleich, oder bekommen möglicherweise eine geringere Jahressonderzahlung. Auch wenn Sie kurz vor einem Stufenausstieg stehen, ist Vorsicht geraten. Bei der Höhergruppierung fängt Ihre Stufenlaufzeit wieder von vorne an. Auch dadurch können Einkommensverluste entstehen.

Wenden Sie sich vor ihrem Antrag auf jeden Fall an die Bezirksregierung. Frist 2: 31. Juli 2017 Einige Beschäftigte (Eingruppierung EG 9 - EG 12) haben die Möglichkeit eine sogenannte „Angleichungszulage“ in Höhe von 30 (!) Euro zu beantragen. Hier ist keine Eile geboten. Der Antrag kann bis Juli 2017 gestellt werden. Bis dahin wird rückwirkend bezahlt. Lehrkräfte, die in der EG 13 eingruppiert sind, erhalten die Angleichungszulage nicht!

SPD soll sich an ihrem Wahlprogramm messen lassen

Presseerklärung: Nr. 31/2016 von Montag, dem 20. Juni 2016

Die angestellten Berliner Lehrkräfte haben ihren Warnstreik ausgedehnt. Am ersten von zunächst zwei geplanten Warnstreiktagen beteiligten sich heute weit über 3.500 Kolleginnen und Kollegen. Vor der Senatsverwaltung für Finanzen machten laut Angaben der Polizei über 4.000 Demonstrant*innen ihrem Ärger über die Hinhaltenaktik des Finanzsenators Luft. „Die Ignoranz von Herrn Kollatz-Ahnen ist respektlos gegenüber den Lehrkräften und verantwortungslos gegenüber dem gesamten Berliner Schulsystem“, erklärte Doreen Siebernik, Vorsitzende der GEW BERLIN.

Die streikenden Lehrkräfte umkreisten die Finanzverwaltung, um dem Finanzsenator eine Protestnote zu übergeben. „Wir wollen Herrn Kollatz-Ahnen daran erinnern, dass er gemeinsam mit seiner Kollegin Sandra Scheeres für die Bildung in dieser Stadt zuständig ist. Diese Verantwortung kann er als Senator nicht einfach abgeben, wenn er im September wiedergewählt werden möchte“, betonte Siebernik mit Blick auf die nahenden Abgeordnetenhauswahlen.

Die GEW BERLIN hat dem Senat bereits Ende April konkrete Vorschläge für einen Kompromiss unterbreitet. Der Senator hatte jedoch rigoros alle Vorschläge abgelehnt und auf die Zuständigkeit des Arbeitgeberverbandes TdL verwiesen. Für die gravierenden Ungerechtigkeiten in Berliner Lehrerzimmern sieht sich der Senat nicht zuständig. „Wir haben nicht mehr verlangt, als dass sich

die SPD-Politiker*innen am Wahlprogramm ihrer eigenen Partei orientieren“, unterstrich Siebernik. „Bessere Bildung ist nicht erreichbar, wenn Lehrkräfte in maroden und überfüllten Schulen, unter schlechten Arbeitsbedingungen und bei ungerechter Bezahlung arbeiten sollen.“

Der Finanzsenator und die Bildungssenatorin tragen die Verantwortung dafür, dass sich der Tarifkonflikt nun verschärft. „Die GEW BERLIN hat wiederholt ihre Gesprächsbereitschaft gezeigt und hat realistische und finanzierbare Lösungen für den Konflikt auf den Tisch gelegt“, so Udo Mertens, Tarifexperte der GEW BERLIN. „Der Senat täuscht sich, wenn er sich darauf verlässt, dass die Berliner Lehrkräfte dauerhaft und klaglos die Ungerechtigkeiten tolerieren.“

Die angestellten Lehrkräfte fordern Sicherheit durch einen Tarifvertrag und gleiches Geld für gleichwertige Arbeit. Angestellte Lehrkräfte haben einen Anspruch auf die gleiche Entlohnung wie Beamte. Grundschullehrkräfte sollen endlich so bezahlt werden wie ihre Kolleg*innen an Sekundarschulen.

Bereits zum vierten Mal in diesem Jahr haben die angestellten Lehrkräfte heute ihre Arbeit niedergelegt. Streiktag Nummer fünf folgt morgen. „Wir sind bereit, für unser Recht zu kämpfen. Heute, morgen und wenn es sein muss auch darüber hinaus“, machte Mertens klar.

Fotos: Heike Scherholz und Francis Oghuma

Roter Forderungsteppich für Ratsmitglieder

Von Roderich Grauer

Ende Juni 2016 fand im Kölner Rathaus eine wichtige Sitzung zum Stadthaushalt 2017/18 statt. Hier sollte auch eine geringfügige Erhöhung der VHS-Dozentenhonore der städtischen VHS vorbereitet werden. Daher fanden sich ca. 30 DozentInnen verschiedener Fachbereiche vor dem Rathaus ein, um die eintreffenden Ratsmitglieder mit einem beschrifteten roten Teppich, Transparenten und Flugblättern an ihre Zusagen in vorausgegangenen Gesprächen mit VertreterInnen der

Lehrkräfte zu erinnern und auf die Forderungen nach angemessener Bezahlung hinzuwirken. Die Lehrkräfte - mit Unterstützung der GEW Köln - waren nicht die einzigen Protestierenden. Auch die Berufsfeuerwehr und Flüchtlingsinitiativen machten auf ihre Anliegen aufmerksam, im städtischen Haushalt besser berücksichtigt zu werden. Interessant ist dabei, dass es immer wieder Menschen in existenzwichtigen Infrastrukturen sind, die um ihre materielle Anerkennung kämpfen müssen.



18. Mai 2016 | Pressemitteilung

Medienberichten zufolge strebt das Bundesinnenministerium eine Erhöhung der Honorarstundensätze für Integrationslehrkräfte auf 35 Euro an und will den Weiterbildungs-trägern eine Teilnehmerpauschale von 4 Euro zugestehen (derzeit 3,10 Euro). Viele Integrationskurse für Flüchtlinge können gar nicht stattfinden, weil die Lehrkräfte dafür fehlen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wundert dies nicht, denn „Das Netto-Jahreseinkommen vieler Integrationlehrkräfte liegt im Durchschnitt etwas über Hartz IV Niveau“, erklärt Max-Georg Beier, Vorstandssprecher der Fachgruppe Weiterbildung der GEW Köln. „Die geplante Anhebung ist längst überfällig und nur durch die massiven Proteste der Lehrkräfte in den letzten Wochen und Monaten erreicht worden, die begonnen haben, sich zu vernetzen und gewerkschaftlich zu organisieren.“

Doch auch diese Anhebung ist nach Ansicht der GEW Köln keineswegs ausreichend. Der Dachverband der Volkshochschulen hat bereits vorgerechnet, dass ein Honorarsatz von 51 Euro je Unterrichtsstunde nötig wäre, um annähernd an die Bezahlung eines angestellten Berufsschullehrers heranzukommen.

Die Berechnungen des Innenministeriums auf Basis einer 30-Unterrichts-Stundenwoche seien absurd, so die GEW: „Diese Anzahl an Unterrichtseinheiten erreicht keine Honorarkraft, und sie lässt zudem die Vorbereitungszeiten völlig außer Acht. Unberücksichtigt bleibt auch, dass Honorarkräfte Scheinselbstständige mit Kettenbefristung sind und Krankheitszeiten, Sozialversicherungsbeiträge und Altersvorsorge allein bezahlen müssen.“

Das ganze System der Kursfinanzierung durch das Innenministerium ist faul. „Zwei Drittel aller Flüchtlinge sind im Erwachsenenalter, die Integration von Zugewanderten sei eine Daueraufgabe. Deswegen fordert die GEW eine dauerhafte auskömmliche Finanzierung in der Zuständigkeit des Bildungsministeriums sowie die Festanstellung der Dozenten zu vergleichbaren Konditionen wie die von angestellten Lehrkräften“, so Max-Georg Beier.

Kontakt und Rückfragen:

Max-Georg Beier, Fachgruppe Weiterbildung, 0221/361812, maxbeier@hotmail.com

Endlich mehr Honorar für VHS-Lehrkräfte !?

von einer Kollegin, die Dozentin an der Kölner VHS ist und anonym bleiben möchte

Zur Historie

Über viele Jahre betrug das Stundenhonorar für freiberufliche VHS-Lehrkräfte in Deutsch- und Integrationskursen 19€; einige langjährig beschäftigte DozentInnen erhielten aufgrund einer nach Kurzem wieder abgeschafften Regelung 20,50€. Erst 2012 wurden die Honorare nach unzähligen Protestschreiben an den Stadtrat, das zuständige Dezernat und die Amtsleitung für die Deutsch- und Integrationskurse auf 21€ erhöht. Für alle anderen Lehrkräfte blieb das Honorar bei 17€ bzw. 18€ pro Unterrichtsstunde.

Im Frühjahr 2015 stellten knapp 40 Lehrkräfte der VHS einen Antrag auf Urlaubsentgelt; dieses steht lt. Gesetz Freiberuflern/Selbständigen zu, wenn sie mehr als 50% ihres Einkommens von einem Träger beziehen. Sie gelten dann als wirtschaftlich abhängig und sind als „Arbeitnehmerähnliche“ schutzbedürftig. Außerdem haben sie ein Recht auf Vertretung durch den Personalrat. Die Stadt bewilligte die Anträge; das Urlaubsentgelt wurde auch rückwirkend für die vergangenen drei Jahre ausgezahlt. Entsprechende Mittel für die kommenden Jahre wurden vom Stadtrat in den Haushalt eingestellt. Im Wesentlichen arbeiten die „Arbeitnehmerähnlichen“ in Deutsch- und Integrationskursen.

Demonstrationen und Proteste

Nach einer Demonstration der Lehrkräfte anlässlich der Wiedereröffnung des Stu-

dienhauses am Neumarkt am 4. September 2015, einer Podiumsdiskussion bei der GEW am 27.10.2015 mit Stadträten und Amtsleitung sowie einer weiteren Protestaktion mit ca. 200 Lehrkräften aus ganz NRW konnten einige engagierte Lehrkräfte aus den Deutsch- und Integrationskursen diversen Mitgliedern des Ausschusses für Schule- und Weiterbildung im persönlichen Gespräch ihre prekäre Lage darstellen. Alle angesprochenen Fraktionsmitglieder sagten den DozentInnen ihre Unterstützung zu.

Beschluss des Stadtrates

Im Sommer 2015 hatte der Stadtrat Mittel für die Honorarerhöhung aller VHS-DozentInnen bewilligt. Über diesen Beschluss wurden allerdings die Lehrkräfte nicht informiert. Erst anlässlich der o.g. Gespräche mit den Stadträten stellte sich heraus, dass dieser Beschluss nicht umgesetzt worden war; die Gründe hierfür erschienen nicht nachvollziehbar. Auf einen erneuten Antrag hin erhielten dann alle Lehrkräfte rückwirkend für 2015 eine Nachzahlung von 55 Cent pro Unterrichtsstunde. Inwiefern die Proteste der Lehrkräfte diese Erhöhung initiiert haben könnten, bleibt zumindest für die Betroffenen unklar. Es sei dahin gestellt, ob es ohne diese Aktionen bzw. ohne die von den Lehrkräften erbetenen Gespräche eine Verbesserung gegeben hätte.

Soweit die Entwicklung der Einkommenssituation gemäß der vom Stadtrat beschlossenen Honorarordnung.

Integrationskurse

Die seit 2005 bestehenden Integrationskurse werden im Gegensatz zu den allgemeinen Deutschkursen, Fremdsprachenkursen etc. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert. Berufsbezogene Deutschkurse, die auf den Integrationskursen aufbauen, unterliegen einer Projektförderung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Bundesamt (BAMF). Für diese Kurse gelten die vom BAMF vorgeschriebenen Mindesthonorare.

Ab Januar 2016 wurde seitens des BAMF nach vielen Protesten und mit Unterstützung des GEW-Hauptvorstandes sowie des Deutschen Volkshochschulverbandes und anderer großer Trägerverbände dieses Mindesthonorar von 21€ auf 23€ angehoben. Daraufhin beschloss der Rat, die für Erhöhungen bereitgestellten Gelder nunmehr auf alle Lehrkräfte, nicht jedoch weiterhin auf diejenigen in BAMF-Kursen zu verteilen. Es ergibt sich demnach folgender Honorarspiegel ab 2016:

Integrations- und sonstige

BAMF-Kurse 23,-- €

allgemeine Deutschkurse 21,62 €

andere Kurse (Fremdsprachen, Sport, etc.) 17,62 € bis 18,62 €

Ende Juni 2016 legte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Stadtrat eine novellierte Honorarordnung vor, nach der ab 2017 in den allgemeinen Deutschkursen wie in den Integrationskursen 23€

Beispielrechnung Integrationskurs

Alle Lehrkräfte an der VHS Köln sind freiberuflich tätig. Ferien, Krankheit, Vor- und Nachbereitung, Korrekturen, und Weiterbildung werden nicht bezahlt. Der Unterricht in Integrationskursen umfasst im Schnitt 180 Unterrichtstage pro Jahr.

Die Lehrkräfte sind rentenversicherungspflichtig. Sie bezahlen sowohl den Arbeitgeber- als auch den Arbeitnehmeranteil ihrer Kranken- und Rentenversicherung (36,75%). Die Höhe der Privaten Krankenversicherung ist individuell, steigt jedoch stark bei älteren Versicherten. Der Einfachheit halber wurde Steuerklasse 1 zugrunde gelegt.

Das in Köln seit 2015 gezahlte Urlaubsentgelt für arbeitnehmerähnlich Beschäftigte wurde auf der Grundlage von noch 21€ Honorar ausgezahlt und betrug ca. 1.500€ brutto p.a. Dieses wurde in der Modellrechnung nicht berücksichtigt, da bislang nur wenige Träger Urlaubsentgelt bewilligt haben.

Arbeitstage p.a.
Gesamt p.a. brutto
Gesamt p.a. abzgl. KV/RV
Gesamt p.a. abzgl. Steuern
Gesamt p. Monat netto

180 Arbeitstage p.a.

20.700,-- €
13.092,75 €
11.218,39 €
934,66 €

23 € p. UE

180 Arbeitstage p.a.

31.500,-- €
19.055,37 €
15.231,11 €
1.269,25 €

35 € p. UE

UE = Unterrichtseinheit à 45 Minuten

Der Mehrverdienst würde demnach 334,39 € netto pro Monat betragen.

und in den anderen Kursen 20€ gezahlt werden sollen. Allein die Fraktion der LINKEN hält eine Anhebung auf 30€ in allen Deutschkursen für angemessen. Damit hätte die Stadt seit 1994 die Honorare um ganze 9,5% erhöht, während die Lebenshaltungskosten im selben Zeitraum um ca. 30% gestiegen sind!

Die Lage dürfte sich demnächst nochmals zugunsten der Lehrkräfte in BAMF-Kursen verbessern: Das Bundesministerium des Innern, unter dessen Federführung das BAMF die Integrationskurse steuert, und der Haushaltsausschuss haben kürzlich die Bundesregierung aufgefordert, die Mindesthonorare auf 35 € zu erhöhen. Begründet wird dieser Schritt mit einem eklatanten Lehrkräftemangel, der angesichts der aktuellen Lage nicht zu ignorieren sei. Ob und wann diese Erhöhung tatsächlich erfolgt, ist derzeit nicht absehbar. Es scheint aber frühestens im Herbst 2016 damit zu rechnen zu sein.

Eine Beispielrechnung am Ende dieses Artikels illustriert, wie hoch das Netto-Einkommen einer Lehrkraft bei dem jetzigen Honorar von 23€ ist und was die anvisierte Erhöhung auf 35€ bedeuten würde.

Neues Integrationsgesetz

Bereits jetzt lässt das BAMF entgegen aller pädagogischen Richtlinien statt bislang maximal 20 TeilnehmerInnen in einem Integrationskurs zu. Offenbar hat sich die VHS Köln entschlossen, diese Möglichkeit nicht auszuschöpfen, da sie die Lernziele in den ohnehin oft sehr heterogenen Kursen bei 25 TeilnehmerInnen nicht mehr gewährleisten sieht. Außerdem ist festzustellen, dass die meisten Klassenräume schlichtweg zu klein sind. Bei privaten Trägern, die Gewinne erzielen müssen, sieht es vermutlich etwas anders aus.

Die im neuen Gesetz vorgesehenen Sanktionsmaßnahmen für „Integrationsverweigerer“ sind bereits unter den jetzigen Bedingungen möglich. Festzustellen ist jedoch vonseiten der Lehrkräfte, dass der weitaus größte Teil der MigrantInnen gewillt ist, an den Kursen teilzunehmen; man hört allerdings öfter Beschwerden, lange auf einen Kurs gewartet haben zu müssen.

Integration durch Arbeit

Herr Weise, der sowohl Präsident der Arbeitsagentur als auch des BAMF ist, gibt seiner Überzeugung Ausdruck, dass „Integration durch Arbeit“ gelingen könne. Wir hingegen stellen fest, dass unsere TeilnehmerInnen, die bereits jetzt während der Dauer des Integrationskurses einer Beschäftigung nachgehen, sich nicht ausreichend auf das Deutschlernen konzentrieren können und häufig schlichtweg überfordert sind. Diese Menschen als „Integrationsverweigerer“ zu bezeichnen, grenzt an Zynismus. Wie mag dies erst auf Geflüchtete mit Traumata und mit ungesichertem Aufenthaltsstatus wirken?

Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse

Selbst bei gut ausgebildeten MigrantInnen sind die Wege zur Anerkennung ihrer Abschlüsse lang und teilweise recht intransparent.

EIN BEISPIEL: Eine junge Türkin legt einen Abschluss als Jahrgangsbeste an einem türkischen Berufsgymnasium für Erzieherinnen vor. Sie hat 12 Jahre die Schule besucht. Anerkannt wurde ihr allerdings lediglich ein Hauptschulabschluss Klasse 10. Erläuterungen über das Anerkennungsverfahren wurden ihr nicht gegeben.

Durch die Unterstützung ihrer Lehrerin fand sie schließlich einen Platz an einem Berufskolleg, an dem sie jetzt eine Ausbildung als Kinderpflegerin beginnen wird. Sie wiederholt demnach ihre bereits in der Türkei abgeschlossene Ausbildung nochmals auf niedrigerem Niveau. Die auf dem Integrationskurs aufbauenden B2-Kurse hat sie aus eigener Tasche bezahlt. Während des gesamten Integrationskurses sowie der B2-Kurse war die junge Frau auf einen 450€-Job angewiesen, um die Kurse bezahlen zu können. Eine nachhaltige Unterstützung durch das Job-Center war nicht festzustellen; man bezahlte ihr lediglich die Übersetzung ihrer Unterlagen, konnte ihr jedoch keinen gangbaren Weg für ihre weitere berufliche Entwicklung aufzeigen.

Wie wird man mit den Geflüchteten verfahren, die keinerlei Unterlagen mitnehmen konnten?

Weitere Hintergrundinformationen haben engagierte Lehrkräfte auf der Seite www.kreidefresser.org zusammengestellt.

Zukünftige Entwicklung in Köln

Angesichts der Tatsache, dass der Stadtrat vermutlich momentan keine zusätzlichen Mittel für eine Angleichung der Honorare in allgemeinen Deutschkursen von derzeit 21,61€ zu den 23€ in den BAMF-Kursen vornehmen will, wird sich die Kommune demnächst u.U. dem Problem stellen müssen, Lehrkräfte in allgemeinen Deutschkursen zu halten, in denen ebenfalls MigrantInnen sitzen, die auf Dauer in Deutschland bleiben wollen bzw. schon länger hier leben. Warum sollen die Lehrkräfte in diesen Kursen für 21,62€ arbeiten, wenn die KollegInnen in den Integrationskursen jetzt schon 23€ und demnächst eventuell 35€ verdienen? Entsprechende Schreiben der Lehrkräfte an den Stadtrat, im Rahmen der Haushaltsberatungen dieses Problem erneut zu diskutieren, blieben unbeantwortet. Die KollegInnen nochmals zu Demonstrationen aufzurufen, erscheint vor allem aufgrund des damit stets verbundenen Unterrichtsausfalls und Einkommensverlusts aussichtslos. Ein Recht auf Streik haben die Lehrkräfte als Freiberufler sowieso nicht.

Die Diskussion, ob die Arbeit von Lehrkräften in Fremdsprachen- oder Sportkursen weniger wert ist als die der KollegInnen in Deutschkursen, sollte ebenfalls im Stadtrat geführt werden. Wenn Weiterbildung und Gesundheitsvorsorge tatsächlich den von Politik und Wirtschaft geforderten Stellenwert haben, dürfen diese Bereiche nicht länger zulasten prekär beschäftigter FreiberuflerInnen organisiert werden.

Es fehlt aber vor allem an geeigneten Konzepten, den großen Herausforderungen insgesamt Rechnung zu tragen. Dazu gehört unweigerlich eine auskömmliche Bezahlung der häufig seit Jahrzehnten bei der VHS beschäftigten Lehrkräfte und die nachhaltige Gewinnung junger DozentInnen. Dass wir einerseits unsere TeilnehmerInnen „fit für den Arbeitsmarkt“ machen sollen, andererseits selbst unter prekären Beschäftigungsverhältnissen leiden, ist schwer nachvollziehbar.



Tarifbindung ist das Ziel

von Hildegard Merten

Anfang 2015 teilte die Landesregierung mit, dass sie ab dem Schuljahr 2016 die Zuschüsse für den völlig unterfinanzierten Offenen Ganztagsbereich (OGS) nicht nur erhöhen, sondern die Finanzierung auch umstellen würde. Statt des jährlichen Festbetrags würden die Zuschüsse jetzt verlässlich jährlich um 1,5 % angehoben, beginnend mit dem Schuljahr 2015/2016.

Diese Erhöhung ist wie immer an die Vorgabe gekoppelt, dass auch die Kommunen ihren Anteil um den gleichen Prozentsatz erhöhen. Da wir in Köln die Erfahrung gemacht haben, dass Verwaltung und Rat diese Verpflichtung unterlaufen, und die Erhöhungen des Pflichtteils mit ihren freiwilligen Zuschüssen für den OGS verrechnen (vergl. Seite 7 im Bericht der Kölner GEW OGS-Broschüre „Der Kölner Sonderweg“), haben wir Mitte Mai den Kölner Schulausschussvorsitzenden Dr. Schlieben

zur Diskussion in den Arbeitskreis OGS eingeladen.

Neben Dr. Schlieben haben an dieser Arbeitskreissitzung auch der schulpolitische Sprecher der Linken und der stellvertretende Elternbeiratsvorsitzende NRW teilgenommen. Zunächst haben wir den TeilnehmerInnen anhand einer Übersicht über die Entwicklung der städtischen Basisförderung nachweisen können, dass die Zuschüsse der Stadt für den OGS seit Jahren rückläufig sind und der von der Stadt immer wieder ins Feld geführte hohe freiwillige zusätzliche Anteil zur Qualitätssicherung im OGS irreführend ist.

Jahr für Jahr minimiert sich dieser Beitrag, indem die Erhöhung der Pflichtbeiträge durch Verrechnungen mit den freiwilligen Zuschüssen reduziert wird. Wir konnten den anwesenden Ratsvertretern auch vermitteln, wie problematisch

die Konkurrenz von tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen OGS-Trägern ist. Solange tariflose mit tarifgebundenen Trägern konkurrieren, wird sich die prekäre Lage der Beschäftigten kaum verbessern.

Schlechte Bezahlung manifestiert

Träger, die den Schulen bei niedrigeren Gehältern mehr „Programm“ bieten können, bekommen im Zweifelsfall den Zuschlag und manifestieren so ein System von schlechter Bezahlung und geringer werdender Arbeitszeiten für die Beschäftigten. Denn oft haben tarifgebundene Träger nur die Möglichkeit, durch Kürzung der Arbeitszeiten ihre Mehraufwendungen für die tarifliche Bezahlung ihres Personals zu kompensieren



Kölner OGS-Träger riefen am 21. Juni zur Protestkundgebung am Rathaus auf

Folglich brauchen wir in Köln eine Regelung, die die Konkurrenz zu Lasten der Beschäftigten und Kinder ausschließt. Wir brauchen eine Entscheidung der Stadt, die nur die Träger zum Zuge kommen lässt, die ihre Beschäftigten nach Tarif (TVöD) bezahlen und nach den Merkmalen des Sozial- und Erziehungsdienstes eingruppiert. Die beiden Ratsvertreter konnten der Argumentation folgen und sagten eine fraktionsübergreifende Anfrage an die Kölner Schulverwaltung zu: „Wer zahlt nach Tarif? Wer nicht? Welcher Tarif wird angewendet?“ Die Anfrage wurde am 20.6.16 in abgeschwächter Form auf den Weg gebracht. OGS-Träger positionieren sich

Zeitgleich mit diesen Aktivitäten hatte die Kölner Liga der Wohlfahrtsverbände ein Positionspapier zum OGS veröffentlicht, von dem wir Mitte Mai Kenntnis erhielten. Dieses Positionspapier haben wir in einer kurzfristig einberufenen Arbeitskreissitzung Anfang Juni diskutiert und schriftlich kommentiert. In vielen Positionen stimmen wir überein, bei einigen

Positionen gibt es Differenzen. Unter anderem war für uns nicht nachvollziehbar, dass die Kölner Liga noch hinter die Position ihres eigenen Landesverbands zurückfällt, der für die Beschäftigten in der OGS die Bezahlung nach Tarif TVöD/SuE fordert. Auch der von der Liga der Wohlfahrtsverbände zugrunde gelegte Zeitbedarf für eine Betreuung im OGS weicht deutlich von dem ab, was wir mit den Beschäftigten im AK OGS bereits 2012 ermittelte haben.

Druck im Wahljahr erhöhen!

Mindestens 33,5 Wochenstunden brauchen Gruppenleitungen und Ergänzungskräfte nach unserer Berechnung für Betreuung, Vor- und Nachbereitung, Vertretung- und Ferienzeiten sowie Fortbildung. Die Liga geht dagegen aktuell von 21 bzw. 15 Wochenstunden für eine Gruppenleitung und Ergänzungskraft aus, obwohl die Anforderungen im OGS seit 2012 erheblich gestiegen sind. Das 9-seitige Positionspa-

pier der Kölner Liga und unsere Antwort haben wir ins Netz gesetzt und ist abrufbar unter: www.gew-koeln.de. Folgende Punkte werden die Arbeit des AK OGS im kommenden Schuljahr - und Wahljahr! - bestimmen: 1. Trotz der geänderten Finanzierung werden die Zuschüsse nicht ausreichen, um die Beschäftigten für ihre pädagogische Arbeit an den Grundschulen wie im öffentlichen Dienst zu bezahlen. Die tarifliche Bezahlung nach TVöD muss im Offenen Ganztag gewollt, durch Refinanzierung ermöglicht und verbindlich werden!

2. Die Stadt muss ihre bisherige Verrechnungspraxis aufgeben und die Erhöhung von Zuschüssen auch auf ihren freiwilligen Zuschuss anwenden. 3. Unsere Forderung, dass die Regelungen für die OGS ins Schulgesetz aufgenommen werden, muss im Wahljahr konkret Gestalt annehmen.

Das erste AK OGS-Treffen nach den Ferien findet am Montag, 19. September 2016 um 18 Uhr im Kölner DGB-Haus statt.

Foto: Max Beier



Delegation der HafentarbeiterInnen bei der millionenstarken Großkundgebung am 14. Juni dieses Jahres in Paris

Was ist da los im Nachbarland?

Von Guido Schönian

Weder die Fußball-EM noch die „Angst vor dem Terrorismus“ (immerhin ist der „Ausnahmestandard“ bis heute nicht aufgehoben) scheinen die KollegInnen in Frankreich stoppen zu können. Sie wollen sich einfach nicht gefallen lassen, dass die sozialdemokratische Regierung unter Premier Valls und Präsident Hollande das Arbeitsrecht zurechtstutzen will – übrigens ohne demokratische Abstimmung im Parlament!

Aber der Reihe nach: Am 8. Dezember letzten Jahres, kurz nach dem ersten Wahlgang der Regionalwahlen, aus dem der rechte „Front National“ (FN) zum ersten Mal als stärkste Kraft hervorgegangen ist, schrieb DIE WELT: „Alle Analysten sind sich nach dieser Wahl einig: Weil die FN kein wirkliches Programm vorzuweisen hat, handelt es sich um eine klare Protestwahl, um den Ausdruck von Wut und Enttäuschung“¹. Das Ergebnis war heftig. 28 Prozent bekam der FN, die Konservativen unter Sarkozy rangierten mit 27 Prozent auf Platz zwei, die Sozialdemokraten von

Foto: socialismebe

der „Parti Socialiste“ (PS; mit nur noch 23,5 Prozent) und die Grünen (knapp sieben Prozent) wurden abgestraft. Eine nennenswerte Kraft links von der PS gab es nicht.

Front National profitiert vom Fehlen einer linken Kraft

Offenbar gehen viele – vor allem junge – Französinnen und Franzosen mit der Beschreibung von Marine Le Pen konform, die – analog zur AfD hierzulande – „die ganze Zeit predigt, dass es eine politisch-journalistische Klasse [...] gibt, die von den Wirklichkeiten des Landes abgekapselt ist“². Schlimm, dass eine solche Feststellung von der politischen Rechten kommt! Und heute bringt ausgerechnet die Regierung der PS das sogenannte „Loi El Khomri“ (benannt nach der verantwortlich zeichnenden Arbeitsministerin) auf den Weg. Wollen die Sozialdemokraten ihren Niedergang allem Anschein nach auch noch beschleunigen? Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG stellt dazu fest, dass die jetzi-

ge Arbeitsministerin „vor fünf Jahren [...] noch für Martine Aubry [warb], die als Arbeitsministerin einst die 35-Stunden-Woche eingeführt hatte“³. Die Antwort mag sich im Gesetzestext selbst finden. Beim „El Khomri“-Gesetz zur Reform des Arbeitsmarkts geht es um die Lockerung der 35-Stunden-Woche, mehr Freiheiten für Arbeitgeber, einseitig Entscheidungen zur „Flexibilität“ treffen zu können, die Begrenzung der Überstundenzuschläge auf zehn Prozent (anstatt 25 bzw. 50 Prozent) und eine Erhöhung der Arbeitstage sowie Reduzierung des Urlaubsanspruchs durch betriebliche Entscheidungen. Die so genannten Konzessionen an die ArbeitnehmerInnen, wie die Steuer auf Zeitverträge, wurden auf minimalen Druck des Arbeitgeberverbands MEDEF wieder zurückgenommen. Es scheint der PS also weniger um ihre eigene Zukunft als vielmehr um die Wünsche der Arbeitgeberseite zu gehen. Dabei waren im vergangenen Jahr in Frankreich schon 85 Prozent der Arbeitsverträge für neu Eingestellte befristet.



Weil der Widerstand nicht nur auf der Straße sondern auch in den eigenen Reihen zunimmt, greift die Regierung nun auf einen Passus der Verfassung zurück, mit dem sie eine parlamentarische Abstimmung umgehen will. Die Idee, dabei die Angst vor weiteren Terroranschlägen oder den Trubel um die Fußball-EM für sich nutzen zu können, geht ganz offenkundig nicht auf.

Die Kampfbereitschaft, die in ganz Frankreich existiert, hat ihren Höhepunkt in der nördlichen Hafenstadt Le Havre erreicht. Ein CGT-Aktivist vor Ort bezeichnet Le Havre als „Streikhauptstadt Frankreichs“. „Der Hafen ist blockiert und die Polizei traut sich nicht, die Blockaden der ArbeiterInnen anzugreifen. Es gibt tägliche Versammlungen von VertreterInnen aus allen Betrieben und von den Studierenden.“⁵

Nun wird versucht, den Gewerkschaftsbund CGT in die Verantwortung zu

nehmen. Premier Valls spricht schon davon, dass die CGT („Confédération générale du travail“; dt.: „Allgemeiner Gewerkschaftsbund“) das Land „in Geiselhaft“ nehmen und die öffentliche Sicherheit gefährden würde. Dabei sind von den rund 25 Millionen erwerbstätigen Französinen und Franzosen⁶ „nur“ etwa 690.000 Mitglied in diesem Gewerkschaftsbund⁷. Das sind gerade einmal 2,8 Prozent! Bei der Großdemonstration am 14. Juni waren hingegen über eine Million Menschen auf der Straße plus die TeilnehmerInnen der Kundgebungen, die zeitgleich in anderen Städten stattgefunden haben. CGT-Chef Martinez hält den Vorwürfen, die Beschäftigten stünden nicht für die Mehrheit der Bevölkerung, übrigens entgegen, dass allein die CGT mehr Mitglieder hat als sämtliche politische Parteien des Landes zusammen!

Der Vorstand des mit 800.000 Mitgliedern größten Gewerkschaftsdachverbands

CFDT, der mit der PS-Regierung verbunden ist, hatte den Angriff auf das Arbeitsrecht übrigens von Anfang an akzeptiert. Die anderen Dachverbände CGT, „Force Ouvrière“ und „Solidaires“/SUD waren von Anfang an dagegen, haben sich anfangs aber als nicht willens und nicht in der Lage gezeigt, einen entschlossenen und koordinierten Kampf zu organisieren. An den Demos und Arbeitsniederlegungen beteiligen sich übrigens auch zahlreiche CFDT-Mitglieder, die ihrem Vorstand offenbar nicht folgen wollen.

Die Bewegung wird also von unten getragen, Raffinerien und andere Versorgungsbetriebe werden bestreikt – und das alles während der Fußball-EM im eigenen Land.

Das wäre hier und in unserer Branche wie ein Streik der LehrerInnen während der zentralen Prüfungen im Jahrgang 10 oder gar während des Abiturs ...

Schreiben der Bildungsge-
werkschaft CGT-FERC an die
Ministerien. Wörtlich heißt
es darin: „Daher kündigen
wir weitere Streiks an: für
jeden Tag des Monats Juni
2016.“



Zur Situation von ArbeitnehmerInnen in „Flucht-Ländern“ am Beispiel Nigeria

Den Angaben des „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) zufolge kam der Großteil der Asylsuchenden in Deutschland im Mai 2016 aus Syrien (21.544 Anträge – ca. 40 Prozent). Es folgten AntragstellerInnen aus Afghanistan (9.091 Personen – ca. 17 Prozent) und dem Irak (8.295 Personen – 15 Prozent). An zehnter Stelle rangiert das Herkunftsland Nigeria. Im Mai dieses Jahres beantragten 943 Personen, die von dort kamen, Asyl in Deutschland!

Doch was ist es, dass so viele Menschen aus diesem Land Monat für Monat die lange und gefährliche Reise nach Europa bzw. Deutschland antreten lässt? Sicher: In Nigeria (vor allem im Norden des Landes) greift – wie andernorts auch – das Problem des religiös motivierten Terrorismus um sich. Hinzu kommen allerdings Lebensbedingungen, die schlechter kaum sein könnten (und ihrerseits den religiösen Fanatismus befeuern!). Laut Statistik lag das durchschnittliche Jahres-Bruttoeinkommen in Nigeria im Jahr 2014 bei lediglich 2.970 US-Dollar pro Kopf (Deutschland: 47.640 Dollar)². Die Betriebskosten für eine 85m² große Wohnung (Strom, Müll, Wasser, Heizung) in der Millionenstadt Lagos belaufen sich hingegen jährlich im Schnitt auf rund 1.540 Dollar³. Ein halber Liter Cola wäre im Bundesdurchschnitt für 1,16 Euro zu haben⁴. Das ist ein Vielfaches von dem, was wir im Verhältnis zu unserem Einkommen hier in Deutschland aufbringen müssen.

Hinzu kommt ein Staatsapparat, der üblicher Weise mit Repression reagiert, wenn abhängig Beschäftigte oder die verarmten Schichten Forderungen aufstellen. So wurden vor kurzem im Bundesstaat Oyo (ca. 100 km nördlich der ehemaligen Hauptstadt Lagos gelegen) die Landesvorstände des Gewerkschaftsbunds NLC sowie der Lehrergewerkschaft NUT verhaftet! Sie hatten zu Protesten gegen die geplante Privatisierung von öffentlichen weiterführenden Schulen aufgerufen⁵.

Momentan protestieren in Ibadan, der Hauptstadt des Bundesstaates Oyo, nicht nur die PädagogInnen sondern auch SchülerInnen und abhängig Beschäftigte, die seit über sechs Monaten auf ihre Löhne warten. Und das in Nigeria, das in der Liste ölexportierender Länder auf Rang 12 zu finden ist. Die „Nigerian National Petroleum Corporation“ (die der Regierung, SHELL, EXXON, TOTAL und weiteren multinationalen Konzernen gehört) rangiert in der Liste der größten Ölförderkonzerne der Welt übrigens auf Platz neun. Geld und Ressourcen scheinen also vorhanden zu sein in dem Land, das kaum noch eine funktionsfähige Raffinerie besitzt und den Kraftstoff für PKW teuer aus dem Ausland importiert.

Es folgen Auszüge eines Berichts von der nigerianischen „Education Rights Campaign“ (dt.: „Kampagne für das Recht auf Bildung“). Die Übersetzung besorgte Guido Schöniän.

Proteste gegen geplante Schul-Privatisierungen in Nigeria

Von der „Education Rights Campaign“ (ERC; „Kampagne für das Recht auf Bildung“), Lagos (Nigeria)

Im nigerianischen Bundesstaat Oyo überschlugen sich die Ereignisse. Beschäftigte und junge Leute gehen gegen Privatisierungsvorhaben auf die Straße und fordern die Bezahlung ausstehender Löhne und Renten.

Hunderte SchülerInnen etlicher weiterführender Schulen haben am Montag, dem 6. Juni, die Büroräume des Gouverneurs gestürmt, um gegen die geplante Privatisierung der weiterführenden Schulen zu protestieren. Einen Tag später fand ein weit größerer Protest statt, an dem sich nun auch ArbeiterInnen, HandwerkerInnen und Studierende beteiligten, um eine weitergehende Forderung aufzustellen. Untermuert durch einen unbefristeten Streik will man die Auszahlung noch ausstehender Löhne und Renten erreichen, auf die die Menschen seit sechs Monaten warten. Dieser Protestmarsch vom 7. Juni, einer der größten, den es in letzter Zeit in Ibadan gegeben hat, wurde sowohl vom Landes- wie auch vom Bundesvorstand des Dachverbands „Nigeria Labour Congress“ (NLC) und der Lehrergewerkschaft „Nigeria Union of Teachers“ (NUT) angeführt.

Der unmittelbare Auslöser für diese Massenproteste und den Streik der ArbeiterInnen und SchülerInnen war allerdings die Verhaftung führender NLC- und NUT-VertreterInnen. Sie hatten anlässlich eines von der Regierung organisierten Forums am 1. Juni, das den Verkauf von Schulen nach Maßgabe des „Public Private Partnership“ (PPP) thematisierte, zu Protesten aufgerufen. Nach der Freilassung der o.g. Personen am Montag, dem 6. Juni, riefen dann ArbeiterInnen im Zuge einer Versammlung den unbefristeten Streik aus.

Das Ziel der Landesregierung bestand darin, die GewerkschaftsfunktionärInnen daran zu hindern, weitere Massenaktionen gegen ein neu anberaumtes Treffen mit diesen PPP-Interessengruppen anzuführen, das für Dienstag, den 7. Juni, festgelegt worden war. Auf die Besetzungsaktionen reagierte die Landesregierung mit der Schließung der Schulen, um eine Wiederholung dieser beispiellosen Proteste zu verhindern, die ihnen reichlich unangenehm waren.

Am Donnerstag, dem 9. Juni, sind auch die RuheständlerInnen, denen man noch die Renten der letzten 24 Monate schuldet, auf die Straße gegangen. Sie forderten die unverzügliche Auszahlung aller noch ausstehenden Renten und Pensionen. Darüber hinaus drückten sie ihre prinzipielle Unterstützung für die Forderungen der streikenden Beschäftigten aus.

QUELLEN

¹ <http://www.welt.de/politik/ausland/article149683680/Die-Gruende-fuer-den-Erfolg-der-Rechtsextremen-Le-Pen.html>

² <http://www.welt.de/politik/ausland/article149718324/Wer-hat-eigentlich-Le-Pen-gewählt.html>

³ <http://www.sueddeutsche.de/politik/profil-myriam-el-khomri-1.2895608>

⁴ http://www.deutschlandfunk.de/cgt-in-frankreich-gewerkschaft-auf-konfrontationskurs.795.de.html?dram:article_id=355186

⁵ <https://www.sozialismus.info/2016/06/frankreich-im-aufbruch/>

⁶ <http://www.ilo.org/global/statistics-and-databases/lang--en/index.htm>

⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Conf%C3%A9d%C3%A9ration_g%C3%A9n%C3%A9rale_du_travail



Worte, die in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg über den großen Teich schwappten. Und es war ja auch viel zu tun mit dem Wiederaufbau der Häuser. Die Worte waren vielleicht neu, die Tatsache an sich nicht. 1145 hatten Mönche im Tal der Dhünn höchst eigenhändig ohne Hagebau, Toom-Markt oder OBI angefangen, eine große Kirche zu bauen.

Nicht einmal ein Dombaumeister war beteiligt. Diese hinterließen nämlich eine Art Siegel auf den Steinen, die sie vermauert haben, damit sie die geleistete Arbeit mit dem Bauherrn abrechnen konnten. Die Steine am Altenberger Dom aber sind ganz glatt. Wenn man auf Altenberg zu fährt, schaut man etwas irritiert in der Gegend herum, wo ist denn nun die Kirche? Das Weltkulturerbe in Köln sieht man schon von allen Seiten dank der preußischen Türme.

Diese versteckte Lage hat etwas mit dem Orden zu tun, der sich 1133 dort ansiedelte. Die Zisterzienser kamen aus dem Kloster Cîteaux. Sie waren aus dem Orden der Benediktiner ausgetreten. Die waren ihnen schon zu satt und verweichlicht. Sie wollten ein Leben des Gebetes, der Lesung und der Arbeit führen. Neben lesen

und schreiben musste jeder Zisterzienser ein Handwerk lernen, quasi die Waldorfschüler des Mittelalters.

Ihre Fähigkeiten sollten sie nicht unnötig zur Schau stellen sondern im Verborgenen leben. Da bot sich so ein Tal an, denn die Straßen führten im Mittelalter und auch heute noch immer über die Höhen B 51 und B 506. Acht Mühlen lagen in diesem Tal, ideal für Landwirtschaft und Handwerk. Sonst gab es hier nichts außer einer Burgruine, die die Grafen von Berg nach ihrem Umzug nach Burg an der Wupper hinterlassen hatten.

Hartes Leben

Die Steine der Ruine trugen die Mönche vom Berg ins Tal und begannen mit dem Bau der Klosteranlage. Wäre ich damals Mönch gewesen, wäre ich vielleicht lieber bei den Benediktinern geblieben, denn das Leben im Kloster Altenberg war schon ziemlich hart. Der Tag begann mit dem Morgengebet um halb drei, sonntags schon um halb zwei, offensichtlich gab es an Sonntagen noch ein bisschen mehr zu beten. Die Mahlzeiten waren auch nicht besonders üppig, zwei am Tag, montags und freitags nur eine. Woher die Mönche die Kraft nahmen, die große gotische Kirche innerhalb von drei Generationen zu bauen, ist mir eigentlich ein Rätsel.

Aber sie steht noch immer und macht auch nicht den Eindruck als ob sie in nächster Zeit umfallen wollte. Das Mauerwerk ist äußerst solide aus den gleichen Trachystenen vom Drachenfels wie beim Kölner Dom. Schon gut, dass irgendein preußischer König den Abbau gestoppt hat, sonst wäre der Drachenfels längst weg. Anfangs waren die Regeln für den Bau und vor allen Dingen für die Ausstattung von Kirchen dieses Ordens ziemlich streng. Firlelfanz, der vom Beten ablenken konnte, gab es nicht außer einer Marienstatue zum Schutz und als Patronin. Fenster durften nicht bunt sein, das weiße Licht des Morgens - und da war man ja früh dabei - sollte in die Kirche scheinen. Das 9 x 18 Meter große Fenster im Westen ist aber schön bunt.

Da Türme auch nicht erlaubt waren, hatte man Platz für so ein großes Fenster. Der erlaubte Dachreiter ist so unauffällig, dass man glatt am Altenberger Dom vorbeifahren kann. Überspringen wir einige Jahre Klosterleben in der Kuhle an der Dhünn bis 1803. Napoleon verfügt die Aufhebung der Klöster und der Reichsdeputationshauptschluss (ich liebe dieses Wort!) regelt die Säkularisierung.

Das Kloster musste verlassen werden. 1815 erwarb ein Fabrikant das Kloster nebst Kirche, die er nicht nutzen konnte, abreißen durfte er sie aber auch nicht. Im Klostergebäude richtete er eine chemische Fabrik ein, die das tat, was chemische Fabriken schon mal gerne tun: sie explodierte. Das Kloster war weg, der Dom stand noch, nur (!) das Dach war abgebrannt. Eine Interessengemeinschaft überredete den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die Kosten der Renovierung zu übernehmen, wo er doch dem Kölner Dom Türme spendiert hatte.

An seine großzügige Gabe knüpfte er die Bedingung, dass dort auch Protestanten Gottesdienste abhalten können. Der Kölner Dom blieb erzkatholisch und ließ sich auf so einen Deal nicht ein, aber in Altenberg beten die evangelischen Christen von 8.00 Uhr bis 10.00 Uhr und von 12.30 Uhr bis 15.00 Uhr. Die restliche Zeit nutzen die Katholiken im Altenberger Dom, der im eigentlichen Sinne nie ein Dom war, weil er nie Sitz eines Bischofs war.



Besuch der Flugwetterwarte am Köln-Bonner Flughafen

von Helga Pennartz

24 ° Sonne ... das versprach die Einladung zum Besuch der Flugwetterwarte in Köln/Bonn. Doch am 29.4. war eher ein kühler Wintertag, der sich in den Frühling verirrt hatte. Mit einem Bus erreichten wir die Station des DWDs (Deutscher Wetterdienst), dessen Flugwetterwarten auf allen der 16 großen Verkehrsflughäfen Deutschlands zu finden sind.

Der größte Teil des ca. 1.000 ha großen Flughafengeländes ist Graslandschaft, wie auch die eingezäunte Messstation der Flugwetterwarte. Nur fünf Quadratmeter Boden sind gänzlich ohne Bewuchs, dort stecken Sonden mit elektrischen Thermometern. Sie messen die Lufttemperatur fünf Zentimeter über dem Boden, dazu die Temperatur im Erdboden in fünf Stufen bis hinunter zu einem Meter Tiefe.

Der Boden spielt eine wichtige Rolle im Wettergeschehen. Im Sommer kann er wie eine aufgeheizte Herdplatte lokale Gewitterzellen entstehen lassen, im Winter geht es um Glatteiswarnungen. Auf dem Messfeld steht auf einem mannshohen Ständer ein rundes, weißes Gefäß. Es ist etwa so groß wie ein Kochtopf, hat eine Lamellen-

wand und unten elektrische Anschlüsse.

Die Lamellenschutzhülle schützt zwei elektrische Thermometer und zwei elektrische Feuchtefühler vor direkter Sonneneinstrahlung. Diese Instrumente dienen der genauen Messung der Lufttemperatur in zwei Metern Höhe und der relativen Luftfeuchte.

Die Windmessung ist auf dem gesamten Flugfeld sehr wichtig, denn Böen oder starker Seitenwind können den Flugzeugen gefährlich werden. Deshalb stehen an Start- und Landebahnen mehrere Masten mit Windmessanlagen.

Genauso wichtig ist die Sicht. Am Anfang, in der Mitte und am Ende jeder Start- und Landebahn sind Sichtmessgeräte positioniert. Jedes Gerät sendet mit einer Leuchtdiode Infrarotlicht über eine Messdistanz auf einen Sensor. Aus dem empfangenen Teil des Lichts kann das Gerät zuverlässig die Sichtweite errechnen und bei zu viel Nebel Alarm schlagen.

Außerdem sind von der Leitstelle der Flugwetterwarte in Köln sind alle vier vorgesehenen „Landepunkte“ für Flugzeuge einzusehen. Heute sind die meisten Verkehrsflugzeuge so ausgerüstet, dass sie auch bei relativ ungünstigem Wetter starten und landen können. Bei sehr schlech-

tem Wetter jedoch, etwa dichtem Nebel, muss der Flugbetrieb aus Sicherheitsgründen eingeschränkt werden. Das ist teuer, und schon deshalb tragen die Flugmeteorologen des Deutschen Wetterdienstes eine hohe Verantwortung. Entsprechend zuverlässig müssen ihre Beobachtungen sein.

So konnten wir feststellen, dass alle Messinstrumente und Computer zur Berechnung der Wetterdaten doppelt vorhanden waren, damit beim Ausfall eines Gerätes dies keine Auswirkungen auf die Vorhersagen für den Flugbetrieb hat. Hier einige Extremwetterdaten der Station Köln/Bonn: 38,8° C erreichte das Thermometer am 12. August 2003 und - 23,4° C am 15.01.1985.

Am 30.08.1968 war Land unter, den es fielen 63,3 mm Niederschlag pro m² und am 20. Oktober 1985 fegte mit 130 km/h ein Orkan über das Flughafengelände. Zum Abschluss unserer Führung machte uns der Wetterexperte Hoffnung auf einen ersten Sommertag am nächsten Wochenende. Ein Sommertag ist die meteorologisch-klimatologische Bezeichnung für einen Tag, an dem die Tageshöchsttemperatur 25° C erreicht oder überschreitet. Er hatte Recht, am 7. Mai stieg das Thermometer auf 26° C.

„Die ganze Geschichte von Europa liegt in diesem Fluss“ (Victor Hugo)

Einladung in die Bundeskunsthalle Museumsmeile Bonn (Friedrich-Ebert-Allee 4) zur Ausstellung mit Führung (90 Min.) „Der Rhein – Eine europäische Flussbiografie“ am Donnerstag, 13. Oktober 2016, Treffpunkt im Eingangsbereich um 10.45 Uhr. Kostenbeitrag: 9 Euro; Die Teilnehmerzahl ist begrenzt; bitte verbindlich bei der GEW-Geschäftsstelle anmelden (0221-516267) und bei Verhinderung auch wieder abmelden.



Fachgruppen | Arbeitskreise

Bei allen Veranstaltungen der Fachgruppen und Arbeitskreise sind Interessierte aus anderen Schulformen und Bildungsbe-reichen herzlich willkommen! Alle Termine finden, wenn nicht anders angegeben, im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, statt. Fachgruppentermine die nach Redaktionsschluss eingehen, sind im Internet unter www.gew-koeln.de zu finden.

FG Grundschule

Donnerstag, 29.9.2016, 18 Uhr, Großer Saal (1. OG)
Katharina Wollenschein, E-Mail: k.wollenschein@gmail.com
Anke Bieberstein, E-Mail: a.bieberstein@arcor.de, 0221/213788

„Auf die Trommel fertig los“

Isabell Gödde-Werth, Tel.: 0221/29496717
Elke Hoheisel-Adejolu, Tel.: 02232/68629

FG Hauptschule

Karin Distler, E-Mail: karin.distler@gmx.net
Claudia Seidel, E-Mail: claudia.seidel1209@googlemail.com
FG Sonderpädagogische Berufe
Donnerstag, 22.9.2016, 19.30 Uhr,
kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Heiner Brokhausen, Tel.: 02227/830567
Heinz-Jürgen Kaiser, Tel.: 0221/6161828

FG Gesamtschule

Peter Heim, Tel.: 0221/743094
Werner Balfer, Tel.: 0221/745180

FG Realschule

Maria Backhaus, Tel.: 0221/16932167
Katrin Reininghaus, Tel.: 0221/331647
Elke Görgen-Schmickler, Tel.: 0221/419327

Theaterpädagogischer Workshop

Donnerstag, 6.10.2016, 17 Uhr, Großer Saal (1. OG)

FG Gymnasium

Dr. Alexander Fladerer, Tel.: 0221/4305633
Andreas Haenlein, Tel.: 0221/9458678
Heike Wichmann, Tel.: 0221/422354
Gudrun Skeide-Panek, Tel.: 02232/29833

FG Berufskolleg

Jörg Buschmann, E-Mail: bn@gso-koeln.de
Thomas Wesseler,
E-Mail: thomaswesseler@arcor.de

FG Weiterbildung

Max-Georg Beier,
E-Mail: maxbeier@hotmail.com

FG Kita

Montag, 12.9.2016, 18.30 Uhr,
kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Montag, 10.10.2016, 18.30 Uhr,
Tagungsraum (EG)
Brunhilde Seeber, Tel.: 0163/9158338

AK LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrantenkindern (LEMK)

Der Arbeitskreis LEMK trifft sich gemein-sam mit den Arbeitsgruppen HSU und Seiteneinsteigerklassen (Internationale Förderklassen) jeden 1. Montag im Monat. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
Beate Kleifgen,
E-Mail: beatekleifgen@web.de
Birten Gündüz, Tel.: 0157-72776261
Hasan Taskale, Tel.: 02204-55869

AK Offener Ganztag

Montag, 19.9.2016, 18.00 Uhr,
Großer Saal (1. OG)
Max-Georg Beier,
E-Mail: maxbeier@hotmail.com
Hildegard Merten, E-Mail: hi.merten@web.de

AK Schulentwicklung

Donnerstag, 15.9.2016, 19 Uhr,
kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Klaus Minartz, Tel.: 0221/526722

AK Inklusion

Dienstag, 6.9.2016, 19 Uhr, Tagungsraum (EG)
Thema: „Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams“
Uschi Kellermann, Tel.: 0221/16846200

AK Schulsozialarbeit

Montag, 19.9.2016, 17 Uhr,
kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Johannes Vogel, E-Mail: ijvogel@t-online.de
Lutz Schörken-Koch, E-Mail: luschko@web.de

AK Betriebsräte/Mitarbeitervertretungen

Nina Goerges, Tel.: 0221/516267
Unsere Hotline für Betriebsräte und Mitar-beitervertretungen: betriebsraete@gew-koeln.de ist jederzeit erreichbar.

AK Homosexueller Lehrerinnen und Lehrer

Wir treffen uns jeden 1. Donnerstag im Mo-nat zum Austausch über die berufliche und persönliche Situation und alles, was mit dem Thema „Schwule und Schule“ zu tun hat. Wir sind auch offen für lesbische Lehrerinnen.
Donnerstag, 1.9.2016, 19 Uhr,
kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Vorbereitung CSD-Teilnahme in Dortmund
Samstag, 10.9.2016, „schwule Lehrer“ als Fußgruppe auf der CSD-Demo/-Parade Dortmund
Näheres auf Anfrage
Bodo Busch,
E-Mail: bodo.busch@netcologne.de
Björn Kiefer, E-Mail: b.kiefer1@gmx.de

Fachgruppe Hochschule und Forschung

Wir, Angehörige verschiedener Kölner Hochschulen, treffen uns jeden 2. Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr im Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Straße 47b, Raum 2.009
Anne Klein,
E-Mail: anne.klein@uni-koeln.de

AK Angestellte Lehrkräfte

Montag, 5.9.2016, 18 Uhr,
kl. Sitzungszimmer (1. OG)
Montag, 26.9.2016, 18 Uhr,
kl. Sitzungszimmer (1. OG)
Montag, 24.10.2016, 18 Uhr,
kl. Sitzungszimmer (1. OG)
Hildegard Achilles,
E-Mail: abhikachilles@web.de
Christina Krautwurst,
E-Mail: christinakrautwurst@gmx.de

AK Aktive Ruheständler

Helga Löbbert, Tel.: 0221/7123869
Silke Weinberger-Brümmer,
Tel.: 0221/763379

2.11.2016 Mitgliederversammlung, Großer Saal (1. OG)

